



Vedran Džihic und Helmut Kramer

## Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009

Kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen?

■ Der heutige Kosovo ist trotz der Ausrufung der Unabhängigkeit ein »unfinished state«, der nur eingeschränkt souverän und de facto in den serbischen Norden und den albanisch dominierten Süden geteilt ist. Weder UNMIK noch EULEX konnten bislang etwas an dieser Teilung des Landes ändern.

■ Alle wichtigen makroökonomischen Leitindikatoren weisen – verstärkt durch die Weltwirtschaftskrise – eine negative Entwicklung auf: geringes Wirtschaftswachstum, steigendes Außenhandelsdefizit, hohe Armuts- und Arbeitslosenraten. An dieser katastrophalen Situation hat sich auch in den eineinhalb Jahren der Unabhängigkeit nichts geändert.

■ EULEX in ihrer Rolle als »Demokratie- und Rechtsstaat-Wächter« konnte in der ersten Phase der Mission nur bescheidene Erfolge vorweisen. Eine Untersuchung der Zielsetzungen, des rechtlichen Mandats und der Aktivitäten der neuen EU-Mission erbringt das ernüchternde Resultat, dass im Grunde die bisherige weitgehend gescheiterte Politik von UNMIK fortgesetzt wird.

■ Die EU war bislang nicht imstande, konkrete Schritte zu unternehmen, um den Kosovo in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zu integrieren und damit den Annäherungsprozess an die EU zu beschleunigen. Das vage Versprechen einer Mitgliedschaft wird nicht ausreichen, um die Entwicklung im Kosovo voranzutreiben.

OKTOBER 2009



## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Die Entwicklung der Statusfrage bis 2008</b> .....	<b>2</b>
2.1	Die Phase von 1999 bis 2005.....	2
2.2	Statusdebatte 2005/2006 und der Ahtisaari-Plan .....	3
2.3	Das Scheitern einer einvernehmlichen Lösung .....	4
<b>3</b>	<b>Der Kosovo wird unabhängig</b> .....	<b>5</b>
3.1	Die Folgen der Unabhängigkeitserklärung.....	5
3.2	Die Blockade-Politik der serbischen Regierung.....	6
<b>4</b>	<b>Der Kosovo im Jahre 2009</b> .....	<b>8</b>
4.1	Sicherheitssituation im Kosovo.....	8
4.2	Die Minderheiten im Kosovo.....	9
4.3	Wirtschaftliche und soziale Entwicklung.....	11
4.4	Funktionsfähige Demokratie im Kosovo und die Krise der politischen Klasse .....	13
4.5	Korruption und organisierte Kriminalität .....	14
<b>5</b>	<b>Die EU im Kosovo</b> .....	<b>15</b>
5.1	Die EU im Kosovo bis 2007 .....	15
5.2	Von UNMIK zu EULEX.....	17
5.3	»Rekonfusion« statt »Rekonfiguration«.....	17
5.4	Die ersten sechs Monate von EULEX .....	20
5.5	Eine europäische Zukunft des Kosovo? .....	22
<b>6</b>	<b>Empfehlungen</b> .....	<b>25</b>
<b>7</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>26</b>
<b>8</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>27</b>

## 1 Einleitung

Der Kosovo, der sich nach dem Scheitern der über zwei Jahre andauernden Verhandlungen zwischen Prishtina und Belgrad, dem Westen (USA und EU) und Russland am 17.02.2008 für unabhängig erklärt hat, ist auch nach mehr als eineinhalb Jahren neuer Staatlichkeit ein Land ohne wirkliche Souveränität, in den Worten des angesehenen Zeitungs-herausgebers und kosovarischen Intellektuellen Veton Surroi ein »unfinished state«, in dem die Regierung nur über Teile des Landes Autorität ausüben kann und in dem gegenwärtig fünf »Protektoratsherren« (UNMIK, EULEX, ICO, KFOR, OSZE) operieren. Die Hoffnungen der kosovarischen Regierung, dass ein Großteil der UN-Mitgliedsstaaten die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen wird, haben sich nicht erfüllt. Gegenwärtig (September 2009) ist der Kosovo nur von 63 der insgesamt 192 UN-Mitgliedsstaaten anerkannt. Und auch fünf der 27 Mitgliedsstaaten der EU (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien, Zypern) weigern sich vor allem wegen ihrer eigenen Minderheitenprobleme, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen. Es ist Serbien im Oktober 2008 gelungen, in der Generalversammlung der UN eine Mehrheit für eine Überprüfung der völkerrechtlichen Grundlage der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu gewinnen. Eine diesbezügliche Entscheidung des IGH ist nicht vor dem Frühjahr 2010 zu erwarten. Einen wichtigen diplomatischen Durchbruch für einen unabhängigen Staat Kosovo stellt jedoch die im Mai und Juni 2009 erreichte Mitgliedschaft des Kosovo im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbank dar.

Die Europäische Union hat mit ihrer EULEX-Mission, die offiziell am 09.12.2008 gestartet wurde, das bisher größte und finanziell aufwändigste zivile Auslandsengagement in ihrer Geschichte begonnen. Gegenwärtig sind in etwa 2 600 Personen im Rahmen von EULEX tätig, davon ca. 1 650 internationale Polizisten und Richter und ca. 900 lokale Mitarbeiter. Das operationale Budget für die ersten 16 Monate beträgt 205 Millionen Euro, zusätzlich investiert die EU über die IPA-Fonds (Instruments for Pre-Accession Assistance) in den Jahren 2008 und 2009 209 Millionen Euro in den Kosovo (European Commission Liaison Office in Kosovo 2009). Dazu kommen als Leistungen der internationalen Gemeinschaft noch die Aufwendungen für die 800 OSZE-Mitarbeiter im Kosovo sowie die Ausgaben für die zur Zeit 14 500 KFOR-Soldaten (die ab Januar 2010 auf 10 000 reduziert werden).

Der Start von EULEX hat sich durch die Blockadepolitik der serbischen Regierung entgegen der ursprünglichen Planung, die UNMIK-Agenden im Juli 2008 zu übernehmen, auf Dezember 2008 verschoben. Im Spätherbst 2008 kam es ungeachtet der Proteste der Regierung in Prishtina zu einer signifikanten Konzession an Belgrad und Moskau in Bezug auf die rechtliche Basis von EULEX. Die serbische Regierung erreichte, dass in dem von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon mit der EU und den USA akkordierten »Sechs-Punkte-Plan« die EULEX-Mission weiterhin im Rahmen der SR-Resolution 1244, also »status free«, d. h. ohne die Unabhängigkeit des Kosovo formell anzuerkennen, operiert.

Die Zielsetzung der vorliegenden Studie besteht – neben einer Darstellung der wichtigsten Stadien des Weges zu einem unabhängigen Kosovo – in einer Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation des Kosovo nach der Unabhängigkeitserklärung und in einem Versuch, die Prioritäten und die zu erwartenden Probleme der EU-Mission, die in den nächsten Jahren den europäischen Steuerzahler viele Millionen Euro kosten wird, kritisch unter die Lupe zu nehmen. Die vorliegende Untersuchung basiert auf der im Jahre 2005 und in einer überarbeiteten Form 2006 veröffentlichten Buchpublikation (Kramer, Džihic 2006) und auf Interviews und Recherchen im Kosovo seit 2002.

## 2 Die Entwicklung der Statusfrage bis 2008

### 2.1 Die Phase von 1999 bis 2005

Die Debatte über den völkerrechtlichen Status des Kosovo, der im Februar 2008 mit der einseitigen Unabhängigkeitsproklamation durch Prishtina formal »gelöst« wurde, prägte die Entwicklung des Kosovo zwischen 1999 und 2008. Mit der Verabschiedung der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats am 12. Juni 1999 wurde die Lösung der Statusfrage aufgeschoben und die Entwicklung einer »substanziellen Autonomie« des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien (heute die beiden Staaten Serbien und Montenegro) als eines der Kernziele der internationalen zivilen Präsenz unter der Leitung der UNMIK festgelegt.<sup>1</sup> Die Un-

<sup>1</sup> Das internationale Engagement im Kosovo unter der Leitung der UNMIK und mit Beteiligung der NATO (in Form von KFOR-Truppen, der EU, der OSZE und zahlreicher anderer internationaler Organisationen sowie – in den ersten

gewissheit über den künftigen völkerrechtlichen Status entwickelte sich in den Jahren ab 1999 »immer mehr zu einem Hindernis im Normalisierungsprozess« (Rohan 2003; vgl. auch Lehne 2009).

Mit der Verabschiedung des Verfassungsrahmens für die Provisorische Selbstverwaltung im Kosovo (Constitutional Framework for Provisional Self-Government) am 15. Mai 2001 wurde die in der Resolution 1244 formulierte Aufgabe des Transfers von Kompetenzen an die neu geschaffenen Selbstverwaltungsinstitutionen des Kosovo stärker akzentuiert. Ab 2002 versuchte der damalige Leiter der UNMIK, Special Representative of the Secretary General (SRSG) Michael Steiner, mit seiner Strategie der »standards before status« neue positive Akzente im politischen Bereich zu setzen und brachte damit auch Bewegung in die Statusfrage. Mit diesem Konzept wurden Kriterien der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung definiert, deren Erfüllung die Voraussetzung für einen Beginn von Verhandlungen über die Statusfrage sein sollte. Die definierten Standards erwiesen sich als zu vage bzw. als wenig effizient, da sie von der kosovarischen Regierung nur ansatzweise implementiert wurden. Der ab August 2004 tätige SRSG Søren Jessen-Petersen war der erste UNMIK-Chef, der konsequent die Meinung vertrat, dass die Entscheidung in der Statusfrage nicht endlos hinausgezögert werden dürfe. Die neue Strategie lautete fortan »standards and status«: Die Standards sollten so schnell wie möglich erfüllt werden, die Verhandlungen über den Status des Kosovo in absehbarer Zeit beginnen.

Die schweren Ausschreitungen im März 2004, bei denen ein durch Medienberichte über vermeintliche Morde an albanischen Kindern aufgehetzter albanischer Mob Serben und Vertreter anderer Minderheiten angriff, tötete und deren Häuser niederbrannte, haben eine neue Phase in der Entwicklung des Nachkriegskosovo eingeleitet – das »böse Erwachen« traf sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die Kosovaren. Zu diesem Zeitpunkt wurde klar, dass die Entwicklung des Kosovo in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen stagnierte, und dass sich die Ungeduld der Kosovo-Albaner, vor allem auch wegen der ungelösten Statusfrage, jederzeit entladen könnte. Vor diesem Hintergrund entschied man sich seitens der internationalen Staatengemeinschaft, die Phase der Statusverhandlungen einzuläuten.

## 2.2 Statusdebatte 2005/2006 und der Ahtisaari-Plan

Mit dem Bericht des vom UN-Generalsekretär eingesetzten Sonderbeauftragten, dem Norweger Kai Eide, begann im Oktober 2005 die »heiße« Phase der Statusverhandlungen. Eide schlug in seinem umfassenden Bericht über die Situation im Kosovo vor, dass trotz der sehr »uneinheitlichen« Verwirklichung der von der internationalen Staatengemeinschaft geforderten Entwicklungsstandards als nächste Phase des politischen Prozesses eine Klärung des internationalen Status des Kosovo eingeleitet werden solle (vgl. Eide 2005). Der Generalsekretär und der UN-Sicherheitsrat setzten den früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari als »Gesandten für den künftigen Status« ein.<sup>2</sup> Das Verhandlungsteam rund um Ahtisaari und seinen österreichischen Stellvertreter Albert Rohan nahm am 20. Februar 2006 in Wien die ersten direkten Verhandlungen über die Lösung der Statusfrage auf. In den ein Jahr andauernden Verhandlungen konnte in keinem der substanziellen Punkte Einigung erzielt werden. Das Klima war geprägt durch gegenseitige Vorwürfe und Misstrauen zwischen Prishtina und Belgrad. Die Kosovo-Albaner beharrten auf ihrer Unabhängigkeitsforderung, während sich die Mitglieder der serbischen Delegation auf eine nicht näher definierte Verhandlungsposition des Zugeständnisses einer »weitgehenden Autonomie« (»more than autonomy, less than independence«) zurückzogen.

Nach einer Reihe von Verhandlungsrunden zwischen den Spitzenvertretern der Serben und der Kosovo-Albaner kam Ahtisaari zum Schluss, dass zusätzliche Gespräche angesichts der diametral entgegen gesetzten Positionen der beiden Seiten keinen Sinn mehr machen würden. Daraufhin präsentierte er am 2. Februar 2007 seinen endgültigen Bericht unter der Bezeichnung »Comprehensive proposal for a Kosovo Status Settlement«. Am 26. März 2007 wurde das endgültige Dokument für die Lösung der Statusfrage »Final Comprehensive Proposal« zusammen mit dem Bericht von Ahtisaari dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York übergeben (UN Security Council 2007a; b).

Der Ahtisaari-Plan, der im Jahr 2008 als formale Grundlage für die Unabhängigkeit und als Fahrplan für die Zeit danach dienen sollte, sah eine »bedingte« Unabhängigkeit des Kosovo vor. Der Kosovo

Jahren – einer großen Zahl von ausländischen NGOs gilt als bisher umfangreichste und ambitionierteste friedensschaffende Mission in der Geschichte der Vereinten Nationen.

2 Das Verhandlungsteam agierte im Rahmen des vom UN-Generalsekretär in Wien eingerichteten »Office of the Special Envoy of the Secretary-General of the United Nations for the future status process for Kosovo« (UNOSEK).

sollte demnach ein multiethnisches, stabiles, demokratisches staatliches Gebilde sein, das das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit voll respektiert und alle international geltenden Menschen- und Bürgerrechte gewährleistet. Der kosovarischen Regierung wurde das Recht eingeräumt, internationale Verträge abzuschließen und sich um Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen zu bewerben. Auch die Schaffung einer eigenen leicht bewaffneten kosovarischen Sicherheitstruppe von 2 500 Mann, die die Funktion einer Kosovo-Armee übernehmen und von der NATO/KFOR unterstützt werden sollte, war vorgesehen. Die Souveränität des Kosovo wurde aber durch eine neue Form der internationalen Präsenz unter der Leitung der EU und durch weitgehende Vollmachten eines Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft (International Civilian Representative – ICR), der im Verein mit der EU-Mission EULEX die UNMIK ablösen sollte, eingeschränkt. Der Plan sah des Weiteren besondere Schutzmaßnahmen für die nicht-albanischen Bewohner des Kosovo – insbesondere für die serbischen Bewohner, aber auch für andere kosovarische Minderheiten – vor. Neben den allen Minderheiten garantierten kulturellen Autonomierechten und dem Recht auf eigene Symbole und repräsentative Vertretung in den kosovarischen Institutionen definiert der Plan auch weitgehende Autonomierechte für die Serben im Kosovo, die in Gemeinden mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung umfassende Rechte im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie im Bereich der polizeilichen Arbeit erhalten sollten. Darüber hinaus war die Möglichkeit vorgesehen, bei Verletzung »vitaler Interessen« der serbischen Bevölkerung das Veto-Recht im kosovarischen Parlament einzusetzen, obwohl ein ähnliches Instrument in Bosnien-Herzegowina die Funktionalität des Staates äußerst limitiert. Daneben beinhaltete der Plan die Möglichkeit einer transparenten finanziellen Unterstützung der Kosovo-Serben durch Serbien sowie einen speziellen Schutz serbischer Denkmäler und religiöser Heiligtümer.

### 2.3 Das Scheitern einer einvernehmlichen Lösung

Als die von Ahtisaari geleiteten direkten Verhandlungen über die Statusfrage in Wien begannen, sah es noch so aus, als wäre Russland unter bestimmten Bedingungen zu einer Kooperation mit dem Westen

bereit<sup>3</sup>. So hatte die russische Regierung das Statement der Kontaktgruppe (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) vom 31. Januar 2006 mit unterzeichnet, in dem es hieß, dass alle Anstrengungen unternommen werden sollten, ein Verhandlungsergebnis in der Statusfrage bis Ende 2006 zu erreichen. Das Dokument stellte klar, dass eine Rückkehr zur Situation vor 1999, eine Teilung des Kosovo und eine Vereinigung mit einem anderen Staat oder Teilstaat ausgeschlossen seien (vgl. Kosovo Contact Group 2006). In den folgenden Monaten wurde jedoch zur »schmerzhaften Überraschung des Westens« klar, dass Präsident Putin und seine Regierung in der Statusfrage immer stärker und kategorischer zum »Fürsprecher Serbiens« (Böhm 2007, Petritsch 2008) wurden. Ab dem Sommer 2006 machten Erklärungen von Putin und Außenminister Lavrov deutlich, dass die Unabhängigkeitsfrage des Kosovo von Moskau zu einem prinzipiellen völkerrechtlichen Problem hochstilisiert wurde. Eine einseitige Unabhängigkeitserklärung würde laut Moskau einen gravierenden Verstoß gegen die Prinzipien des Völkerrechts bedeuten und eine Kettenreaktion eines »aktiven Separatismus« in anderen Problemregionen der Welt auslösen. Russland – unterstützt von der eher zurückhaltend auftretenden chinesischen Regierung – gab nun bekannt, dass es im Sicherheitsrat die Verabschiedung des Ahtisaari-Plans blockieren würde. In den Worten des österreichischen Balkanexperten Wolfgang Petritsch wurde der Kosovo somit das erste »Opfer« einer neuen russischen Außenpolitik, die sich »an präzise kalkulierten ökonomischen, politischen und strategischen Zielen« orientiert.<sup>4</sup> Damit schloss sich ein »window of opportunity« für eine einvernehmliche Lösung der Statusfrage. Nach Ansicht des Belgrader Politologen Bratislav Grubačić hatte der Westen, der bis 2005 »die anvisierte Unabhängigkeit ohne größere Widerstände Moskaus über die Bühne hätte bringen können«, ein entscheidendes »Momentum« (Roser 2007) verpasst.

3 Die Volksrepublik China unterstützte zwar in der Regel die serbischen und die russischen Positionen im UN-Sicherheitsrat, hielt sich aber in dieser »europäischen Frage« sichtlich zurück. »Western diplomats assumed that Beijing by itself would not stand in the way of a Security Council decision« (Lehne 2009: 8).

4 Petritsch (2008) bezieht sich hier auch auf die im Januar 2008 vertraglich beschlossenen russischen Investitionen in die Errichtung der Gaspipeline »South Stream«, die über das serbische Staatsgebiet in Richtung Westeuropa führen soll und auf den Einstieg russischer Investoren in das größte serbische erdölverarbeitende Unternehmen NIS.

Während die USA immer stärker auf die Unabhängigkeit des Kosovo drängten und Russland mit seinem neu gewonnenen und demonstrativ zur Schau getragenen außenpolitischen Selbstbewusstsein jegliche Lösung, die in Richtung einer Unabhängigkeit gehen sollte, blockierte, mehrten sich auch Uneinigkeit und Konfliktlinien innerhalb der EU. Die Mehrzahl der EU-Staaten, insbesondere die EU-Großmächte Frankreich, Großbritannien und Deutschland, sprachen sich für die Unabhängigkeit des Kosovo aus, andere Staaten wie Spanien, Zypern und die Slowakei lehnten einen solchen Schritt ab.

Die Verfahrenheit der Situation und die Ratlosigkeit der internationalen Gemeinschaft angesichts der komplexen Lage nahmen im Sommer 2007 weiter zu. Nach der Ablehnung der im Juli 2007 im UN-Sicherheitsrat präsentierten Kompromisslösung auf Grundlage des Ahtisaari-Plans durch Russland und China griff man zu einer letzten Möglichkeit, nämlich zum Einsatz einer Troika, bestehend aus Vertretern der USA, Russlands und der EU. Wolfgang Ischinger für die EU, Frank Wiesner für die USA und Alexander Botsan-Kharchenko für Russland wurden mit neuerlichen Verhandlungen beauftragt. Mit der Übergabe des Berichts der Troika an den UN-Generalsekretär Ban Ki Moon am 10. Dezember 2007 ging auch die letzte Verhandlungsrunde über den Status des Kosovo erfolglos zu Ende.

### 3 Der Kosovo wird unabhängig

#### 3.1 Die Folgen der Unabhängigkeitserklärung

Unterstützt durch die USA und die Mehrheit der EU-Staaten entschieden sich die kosovo-albanischen Politiker zur einseitigen Ausrufung einer »bedingten« Unabhängigkeit auf der Grundlage des Ahtisaari-Plans.<sup>5</sup> Das kosovo-albanisch dominierte Par-

lament in Prishtina erklärte nach Rücksprache mit den USA und den wichtigsten europäischen Staaten am 17. Februar 2008 den Kosovo für unabhängig. Die größtenteils vom U.S. State Department ausformulierte Unabhängigkeitserklärung wurde vom Premierminister des Kosovo, Hashim Thaçi verlesen (in Albanisch und Serbisch). Die minutiös geplanten Feierlichkeiten im Kosovo verliefen ohne Zwischenfälle. Die neue kosovarische Regierung war bemüht, zumindest rhetorische Zugeständnisse an die serbische Bevölkerung des Kosovo zu machen. Sie zeigte sich auch – nicht zuletzt auf Druck der USA und der EU – sensibel bei der Wahl der Flagge und anderer Staatssymbole wie einer Hymne ohne Text, um die serbische Minderheit nicht zu provozieren. Es wurde sofort die Arbeit an der neuen kosovarischen Verfassung aufgenommen, die am 9. April 2008 vom Parlament verabschiedet und mit 15. Juni 2008 in Kraft trat. Gemeinsam mit den USA und den unterstützenden EU-Staaten wurde umgehend eine Kampagne für eine möglichst rasche und breite Akzeptanz der Unabhängigkeit gestartet (vgl. International Crisis Group 2008).

Die Ausrufung der Unabhängigkeit in Prishtina – Kosovo ist der siebente Staat aus dem Staatsverband Ex-Jugoslawiens – führte in Serbien zu sehr emotionalen und teilweise auch gewalttätigen Reaktionen. In Belgrad wurden westliche Botschaften in Brand gesetzt und Fahnen der USA und der EU-Staaten verbrannt. Die von den nationalistischen serbischen Politikern, Premierminister Vojislav Koštunica und dem Vorsitzenden der Radikalen Partei, Tomislav Nikolić, aufgestachelten demonstrierenden Massen zerstörten und plünderten westliche Geschäfte. Im Norden des Kosovo, im serbischen Teil von Mitrovica, kam es zu großen Protestkundgebungen und zwei Zollstationen zwischen Serbien und dem Kosovo wurden zerstört. Im übrigen Kosovo blieb die Lage jedoch ruhig, was vor allem auch auf die stabilisierende Funktion der KFOR-Truppen (Stand im Frühjahr 2008: 14 500) zurückzuführen war. Und auch der befürchtete Massenexodus aus den serbischen Enklaven im Süden fand nicht statt. Die serbische Regierung führte zwar die angekündigten diplomatischen Maßnahmen gegen Staaten durch, die zu einer Anerkennung des Kosovo bereit waren, stufte die diplomatischen Beziehungen zurück und berief ihre Botschafter nach Belgrad ein.<sup>6</sup> Die von Serbien angedrohten wirtschaftlichen

<sup>5</sup> Die USA und die EU wirkten auf die Regierung in Prishtina ein, mit der Erklärung der Unabhängigkeit noch die Ende Januar 2008 stattfindenden Präsidentenwahlen in Serbien abzuwarten. Die Wahlen in Serbien brachten dann einen knappen Sieg des bisherigen Amtsinhabers Boris Tadić über den Vorsitzenden der Radikalen Partei, Tomislav Nikolić. Im Verlauf des Jahres 2008 distanzierte sich Tomislav Nikolić immer mehr von dem ehemaligen Chef der Radikalen, Vojislav Šešelji, was schließlich zu einer Spaltung der Radikalen Partei Serbiens führte. Tomislav Nikolić konnte mit seiner neugegründeten Serbischen Fortschrittspartei (Srpska napredna stranka) bereits erste Wahlerfolge feiern und sich als stärkste oppositionelle Partei in Serbien etablieren.

<sup>6</sup> Nach der Bildung der neuen serbischen Regierung unter Premierminister Cvetković wurde im Juli 2008 entschieden, die abberufenen Botschafter wieder auf ihre Posten zu entsenden, womit die diplomatische Blockade beendet wurde.

Boykottmaßnahmen im Bereich des Handels, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung wurden jedoch nicht realisiert. Die Regierung in Belgrad verlegte sich in ihrer Strategie auf eine faktische Abtrennung des vor allem von Serben bewohnten Nordkosovo und auf eine Stärkung der »Parallelstrukturen«, d. h. der von Belgrad finanzierten und kontrollierten Einrichtungen im Norden und in den serbischen Enklaven im Zentral- und Süd-Kosovo (vgl. Abschnitt 3.2). Der Norden war so, wie der Balkanexperte Tim Judah ausgeführt hat, »auf absehbare Zeit verloren« (UNMIK Media Monitoring 2009a, eigene Übersetzung). Die schwerwiegendste Konsequenz der Unabhängigkeitserklärung war somit eine De-facto-Teilung des Landes nach ethnischen Kriterien, was eine massive Verletzung der Prinzipien bedeutet, für die die NATO und der Westen im Jahr 1999 eintraten.

Auch in der Republika Srpska (RS) in Bosnien-Herzegowina kam es zu einer sehr emotionalen und politisch wohl kalkulierten Reaktion der dortigen serbischen Bevölkerung und ihrer politischen Führung mit dem Premierminister Milorad Dodik an der Spitze. Ähnlich wie in Belgrad fanden in den meisten Städten in der RS teils auch gewalttätige Demonstrationen statt. Die politische Führung der RS verurteilte in einer Resolution des Parlaments die kosovarische Unabhängigkeitsproklamation sowie die aus ihrer Sicht einseitige Anerkennungspolitik des Westens und schrieb in die Resolution auch die Möglichkeit der Abhaltung eines Referendums über den Verbleib der RS in bzw. ihr Ausscheiden aus dem bosnischen Staatsverband fest. Insgesamt verschaffte somit die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo jenen serbischen Kräften, die auf eine Abtrennung der RS als eigenständige staatliche Einheit abzielen, deutlichen Auftrieb.

### 3.2 Die Blockade-Politik der serbischen Regierung

Auch nach den Parlamentswahlen vom 11. Mai 2008 veränderte sich die Kosovo-Politik Serbiens in Bezug auf den Kosovo nicht grundsätzlich. Trotz der großen politischen Gegensätze zwischen dem mit knappem Vorsprung siegreichen pro-europäischen Lager und den national-konservativen Parteien blieb der grundsätzliche Konsens über die historischen Rechte Serbiens auf den Kosovo und die entschiedene Ablehnung der Unabhängigkeit des Kosovo

bei allen serbischen Parteien aufrecht.<sup>7</sup> Mit der Bildung der neuen Regierungskoalition im Juni 2008, bestehend aus dem heterogenen Block rund um die DS (Demokratska stranka) von Tadić und der ehemaligen Milošević-Partei SPS (Socijalistička partija Srbije) von Ivica Dačić, wurde dann der »Paarlauf« zwischen einer stark nationalistischen Kosovo-Politik und einer pragmatischen Haltung in der Frage der EU-Mitgliedschaft unverändert fortgesetzt.

Es ist fraglich, ob die Fortsetzung der unversöhnlich scheinenden Haltung von Regierung und Opposition in der Kosovo-Frage auch von der serbischen Bevölkerung unterstützt wird. Die Beziehungen zum Kosovo, aus dem etwa 10% der Bevölkerung Serbiens stammen, bleiben sicherlich auch weiterhin in breiten Kreisen der Bevölkerung und auch unter den Intellektuellen ein nationalistisch und patriotisch aufgeladener Politikbereich. Das vorrangige Interesse der serbischen Bevölkerung liegt aber in der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, der sozialen Sicherheit, des Wohlstands und der Reisefreiheit (fast 70 Prozent der Jugendlichen waren nie außerhalb ihres Landes). In Meinungsumfragen im Sommer 2008 wurden Arbeitslosigkeit (mit 45 Prozent) und der niedrige Lebensstandard (mit 35 Prozent) als die größten Probleme und Sorgen der serbischen Bevölkerung genannt. Nur 25 Prozent der Befragten bezeichneten damals den Kosovo als ein wichtiges Problem (vgl. *Der Standard* 2008). In einer im Juni 2009 durchgeführten Umfrage des serbischen Instituts CESID ist der Verbleib des Kosovo bei Serbien nur für 4% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter eine Priorität (vgl. CESID 2009).

Serbiens Strategie war nach der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008 vor allem darauf ausgerichtet, die Kontrolle über den Norden des Kosovo auszubauen und auf allen Ebenen die Autorität der Regierung in Prishtina zu schwächen und zu torpedieren. Toleriert von den serbischen Autoritäten zerstörten aufgebrachte Serben Zolleinrichtungen im Norden des Kosovo. Weiter quitierten auf Druck Belgrads und radikaler serbischer Nationalisten im Norden die meisten serbischen Polizisten im Kosovo Police Service (KPS) ihren Dienst. Viele serbische Beamte verließen die Institutionen des Kosovo, vor allem die Verwaltungseinrichtungen in den Gemeinden. Infolge des gewaltsamen Eindringens in das Gerichtsgebäude seitens serbischer Mitarbeiter in Nord-Mitrovica kam es am 17. März 2008, dem vierten Jahrestag der

<sup>7</sup> Eine Ausnahme bildet hier die von Čedo Jovanović geführte LDP (Liberalno-demokratska partija).



Ausschreitungen gegen die Kosovo-Serben und die anderen nicht-albanischen Minderheiten im Jahre 2004 zu einem offenen Konflikt zwischen UNMIK, KFOR und serbischen Demonstranten, was der serbischen Seite Anlass zu einer weiteren rhetorischen Verschärfung der Politik in Bezug auf den Kosovo gab. Am 11. Mai 2008 wurde parallel zu den Parlamentswahlen in Serbien auch im serbisch kontrollierten Norden und in den Enklaven gewählt. In diesen Wahlen konnten die Vertreter der Nikolić-Partei und der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) von Koštunica deutliche Mehrheiten erzielen.<sup>8</sup> Im Verlauf des Juni und Juli 2008 wurden dann entsprechend den Ergebnissen der Wahlen parallele serbische Gemeinderäte konstituiert und auch eine »Kosovo Serb Assembly« ins Leben gerufen. Trotz heftiger Proteste der UNMIK und der neuen kosovarischen Regierung wurden weitere Schritte in Richtung einer faktischen Selbstverwaltung der serbischen Gebiete im Kosovo unter der Kontrolle Belgrads vollzogen.

Die zweite Ebene, auf der Serbien neben einer »unverhohlenen Spaltungspolitik« (Dérens/Geslin 2009) im Norden und Süden des Kosovo versuchte, politischen Druck gegen die Unabhängigkeit des Kosovo zu machen, war die Ebene der Diplomatie. Präsident Tadić erklärte wiederholt, dass Belgrad in der Kosovo-Frage vor allem auf der diplomatischen und juristischen Ebene vorgehen werde: »Wir wollen die Kosovo-Problematik nicht weiter politisieren, sondern in das rechtliche Spielfeld versetzen« (Ivanji 2008). Orchestriert von dem sehr aktiven neuen Außenminister Vuk Jeremić waren die serbische Regierung und serbische Diplomaten, die sich hier auf die Traditionen und die früheren Bündnispartner Tito-Jugoslawiens stützen konnten, durch eine außerordentlich rege Reisetätigkeit international präsent. Der wichtigste Erfolg der serbischen Regierung war dann im Oktober 2008, als ihr Antrag auf Überprüfung der Legalität der Unabhängigkeit des Kosovo durch den Internationalen Gerichtshof in der Generalversammlung der UN eine deutliche Mehrheit erzielen konnte.

Andererseits konnte Serbien aber trotz aller Bemühungen nicht verhindern, dass die Nachbarstaaten und die Gruppe der Nachfolgestaaten Tito-Jugoslawiens mit der Ausnahme von Bosnien-Herzegowina, wo die Vertreter der Republika Srpska eine solche Entscheidung blockierten, sich für die

Anerkennung des Kosovo aussprachen. Von Slowenien und Kroatien erfolgte die Anerkennung noch im Frühjahr 2008, Mazedonien und Montenegro folgten ungeachtet der heftigen Proteste Serbiens im Oktober 2008. Die internationale Akzeptanz der völkerrechtlichen Argumentation Serbiens wurde dann im Zusammenhang mit den militärischen Operationen Russlands gegen Georgien und der Politik Moskaus im Kaukasus im August 2008 weiter problematisiert: Russland, das sich in der Kosovo-Frage stets für das völkerrechtliche Prinzip einer strikten Wahrung der territorialen Integrität ausgesprochen hatte, unterstützte nun die Sezession von Südossetien und Abchasien von Georgien und begründete seine Position mit der Vorgangsweise des Westens in der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo, während die USA, die EU und die NATO nun Georgiens territoriale Integrität verteidigten – ein Recht, das der westliche Block Serbien in der Kosovo-Frage nicht eingeräumt hatte. »Umgekehrt wendet Russland das Modell an, das die NATO für den Kosovo nutzte«, so Dušan Janjić vom Belgrader Forum für interethnische Beziehungen (*Die Presse* 2008).

Die Aktivitäten Serbiens auf der diplomatischen Ebene waren sicherlich einer der wichtigsten Gründe, dass es im Laufe des Jahres 2008 und auch 2009 nicht zu der von der Regierung in Prishtina und seinen westlichen Unterstützern erwarteten Welle internationaler Anerkennungen gekommen ist. Trotz des intensiven Lobbying durch die USA und die großen EU-Staaten (mit Ausnahme Spaniens) haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt (September 2009) nicht mehr als 63 Staaten die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt, das ist weniger als ein Drittel der 192 UN-Mitgliedsstaaten. Anerkannt haben vor allem nicht die Mehrzahl der Länder in Lateinamerika, Asien und Afrika, darunter auch wichtige Staaten wie Indien oder Brasilien und fast alle islamischen Staaten.

Ein gravierendes Problem für die kosovarische Regierung und für die EU-Mission im Kosovo ist, dass fünf Mitglieder der EU (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien, Zypern) die Unabhängigkeit des Kosovo nach wie vor entschieden ablehnen. Diese Uneinigkeit in der EU, die schon vor der Erklärung der Unabhängigkeit in den Positionen der EU-Länder zur Statusfrage des Kosovo sichtbar war, hat auch die Einrichtung und die Beschlussfassung über die EULEX-Mission sehr kompliziert und schwierig gemacht. Das Dilemma wurde vom EU-Außenministerrat gelöst, indem noch vor der Unabhängigkeitserklärung die Entscheidungen über die

<sup>8</sup> Die Unterstützung für die serbischen nationalistischen Parteien war bei den Kosovo-Serben im Süden des Landes deutlich geringer.

Einrichtungen der EULEX-Mission von diesem Gremium abgesegnet wurden. So Stefan Lehne: »The legal decisions concerning the mission were rushed through in January and early February 2008, as the support of all the 27 (Cyprus abstained) would have been more difficult to achieve following a declaration of independence. The formula of diversity on recognition and unity in engagement was successful in safeguarding the EU's continued role in the management of the Kosovo issue. However, as the experience of the coming months showed, the policy was far from easy to implement in practice« (Lehne 2009: 11).

#### 4 Der Kosovo im Jahre 2009

Der Kosovo ist trotz des gewaltigen Mitteleinsatzes durch die internationale Gemeinschaft seit 1999<sup>9</sup> in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen immer noch äußerst krisenhaft und instabil. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftliche und soziale Situation, für den Rechtsstaat, wo der Justizapparat gegenüber den korrupten und mafiösen Akteuren und Strukturen machtlos ist, wie auch für die Beziehungen zwischen dem albanischen Mehrheitsvolk und den Serben sowie den anderen im Kosovo lebenden Minderheiten. Es ist zwar gelungen, einigermaßen gut funktionierende politische Institutionen aufzubauen und Parlaments- und Kommunalwahlen ohne größere Probleme durchzuführen. Es gelang aber nur in Ansätzen, eine demokratische politische Kultur zu entwickeln. Die Strategien von UNMIK, OSZE und EU, den Demokratieaufbau im Kosovo zu unterstützen, blieben nur mäßig erfolgreich, was unter anderem auch an der Rolle der Vertreter der internationalen Gemeinschaft als Repräsentanten einer Protektoratsstruktur lag. Sie engten durch ihr durchgängig angewandtes Interventionsrecht den Handlungsspielraum und die Selbstständigkeit der kosovarischen politisch Verantwortlichen entscheidend ein. Hinzu kam, dass die »Internationals« aufgrund ihrer von der kosovarischen Bevölkerung völlig abgehobenen privilegierten Berufs- und Lebenssituation als auch durch peinliche Verstrickungen in Korruptionsfälle sehr bald die von ihnen beanspruchte Vorbildfunktion verloren (vgl. Kramer/Džihic 2006: 237ff; Zaremba 2007).

<sup>9</sup> Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet wurde im Kosovo nach Ende des Krieges im Juni 1999 bis 2004 im militärischen und zivilen Bereich von der internationalen Gemeinschaft etwa 25 mal so viel ausgegeben wie in Afghanistan (Rubin et al. 2004: 9).

Einer der Hauptgründe, dass die kosovarischen politischen Verantwortlichen in zentralen Politikbereichen wie Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Reform des Bildungs- und Gesundheitssystems sowie der Verwaltung keine effiziente Reformpolitik betrieben, war die über die Jahre hinweg stark ausgeprägte »Statusfixierung« der kosovarischen politischen Klasse: Das Erreichen der Unabhängigkeit, auch wenn diese vorerst nur eine »bedingte Souveränität« bedeutete, wurde zu einer diffusen Projektionsfläche für eine bessere Zukunft, an die die Bevölkerung unrealistische Erwartungen knüpfte, nämlich eine rasch eintretende Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und die Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme. Diese überzogenen Hoffnungen bringen nun die politisch Verantwortlichen im Kosovo nach Erlangung der Unabhängigkeit in eine schwierige Situation. Schnelle Erfolge, vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, sind nicht möglich, da die vordringlichen Probleme im Kosovo in hohem Maße strukturell bedingt, d. h. größtenteils auf sehr ungünstige historische und gesellschaftliche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zurückzuführen sind und daher nur mittel- und langfristig bewältigt werden können.

##### 4.1 Sicherheitssituation im Kosovo

Eine der wenigen »Erfolgsgeschichten« im Kosovo in der Periode bis zur Erklärung der Unabhängigkeit betrifft die Verbesserung der Sicherheitssituation. Durch den Einsatz der internationalen UNMIK-Polizei (im Frühjahr 2008 waren 2 006 UNMIK-Polizisten im Kosovo stationiert), den Aufbau des Kosovo Police Service (KPS) – derzeit mit etwas mehr als 7 000 Polizisten im gesamten Kosovo – durch UNMIK und OSZE und die wichtige stabilisierende Funktion der KFOR ist es nach einer mehrmonatigen chaotischen und weitgehend rechtlosen Phase in der 2. Hälfte des Jahres 1999 dann gelungen, eine Stabilisierung der Sicherheitslage und ein einigermaßen sicheres Umfeld für die zivilen Aufbauaufgaben zu erreichen. Dass dieser Prozess eines Abbaus der interethnischen Gewalt, der nur durch das gewalttätige Vorgehen von aufgehetzten Kosovo-Albanern gegen Serben und andere Minderheiten im März 2004 unterbrochen wurde, sich positiv weiter entwickelt hat, zeigte sich auch, als es in der politisch sehr gespannten und emotionalisierten Situation rund um die Ausrufung der kosovarischen Unabhängigkeit zu keinen interethnischen Konflik-

ten kam. So unterließ die serbische Regierung nicht zuletzt auch angesichts der entschlossenen Haltung und der militärischen Stärke der KFOR in ihrem Protestprogramm jegliche Andeutung eventueller militärischer Aktionen.

Die KFOR, unter dem Oberbefehl des französischen Generals Xavier de Marnac, die ihren Truppenstand in der Phase der Ausrufung der Unabhängigkeit um weitere 500 Soldaten aufstockte, war sicherlich ein wichtiger stabilisierender Faktor dafür, dass es in den serbischen Siedlungsgebieten und Enklaven im Süden ruhig blieb und dass die Demonstrationen der über die Unabhängigkeitserklärung empörten Serben im Norden des Kosovo nach kurzer Zeit eingedämmt werden konnten. Es gab nur einen einzigen schwerwiegenden Zwischenfall, als es in Folge eines gewaltsamen Eindringens in das Gerichtsgebäude durch serbische Justizbeamte in Nord-Mitrovica am 17. März 2008 zu erbitterten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen radikalen Serben und der KFOR kam. Dies hatte den Tod eines ukrainischen KFOR-Offiziers, zum Teil schwere Verletzungen von KFOR-Soldaten, UNMIK-Polizisten sowie von serbischen Demonstranten zur Folge.

Im Dezember 2008 und in den ersten Wochen von 2009 häuften sich Zwischenfälle in Nord-Mitrovica. Es ereigneten sich Explosionen mit mehreren Verletzten und gewalttätige Konflikte zwischen Kosovo-Albanern und Serben. Im April 2009 führte die Rückkehr von albanischen Familien in deren Häuser in Nord-Mitrovica zu heftigen Protesten der serbischen Bevölkerung, die erst nach mehreren Tagen durch KFOR-Truppen und die kosovarische Polizei unter Kontrolle gebracht werden konnten. Im August kam es in der Gemeinde Brđani neuerlich zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen zwei Serben und fünf Albaner verletzt wurden. Diese Konfliktsituation konnte erst durch einen massiven Einsatz der EULEX-Polizei eingedämmt werden. Zudem gab es wiederholt Protestaktionen in serbischen Gemeinden gegen die aufgrund der nicht bezahlten Stromrechnungen verfügten Stromabschaltungen durch die kosovarischen Elektrizitätswerke (KEK). Während die Sicherheitssituation im Norden des Kosovo also weiterhin prekär ist, verbesserte sie sich in den serbischen Enklaven und Siedlungsgebieten im Süden des Landes, wo sich die Beziehungen zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben deutlich entspannten (vgl. Abschnitt 4.2).

Die KFOR<sup>10</sup>, die auch durch die Stationierung ihrer Truppen einen für viele Gemeinden im Kosovo sehr wichtigen wirtschaftlichen Faktor darstellt, wird von der kosovarischen Bevölkerung sehr positiv gesehen. Sie erreicht in den seit 2002 regelmäßig vom »Early Warning System«-Team (finanziert durch UNDP) durchgeführten Meinungsumfragen ähnlich wie die Kosovo Police Service (KPS) sehr viel höhere Zustimmungswerte als die UNMIK oder die kosovarischen Politiker, die politischen Institutionen und der Justizapparat im Kosovo. In der Befragung im Frühjahr 2009 liegen die Zustimmungswerte bei 68% für die KFOR und bei 74% für die KPS (UNDP Early Warning Report 2009).

Da sich die Sicherheitssituation mit der Ausnahme des Nordens – »stable but fragile«, so die Einschätzung eines Berichtes des US-State Departments im März 2009 (US Department of State 2009) – im Kosovo deutlich verbessert hat, wurden seitens der NATO seit Herbst 2008 zum Teil öffentlich Überlegungen über eine Reduktion der KFOR-Truppen im Kosovo angestellt. Am 11. Juni 2009 wurde schließlich bei einem NATO-Rat in Brüssel die Entscheidung getroffen und verlautbart, dass die Truppenstärke der KFOR – mit dem wahrscheinlichen Termin Januar 2010 – um ein Drittel auf ca. 10 000 reduziert werden wird. Die KFOR träte nun, so wird ein US-amerikanischer NATO-Beamter zitiert, in die nächste Phase ihrer Operationen im Kosovo, in die Phase einer »deterrence presence« ein (UNMIK Media Monitoring 2009h, i). Die Ankündigung der KFOR-Truppenreduktion wurde von der kosovo-albanischen Seite als Beweis für die Stabilität des Kosovo ausgelegt, während die Politiker in Belgrad einheitlich die Verringerung der Truppen angesichts der »schwierigen Sicherheitslage der Serben im Kosovo« als unangebracht erachten (Radio Slobodna Evropa 2009a, b).

## 4.2 Die Minderheiten im Kosovo

Im Kosovo leben neben der kosovo-albanischen Mehrheitsbevölkerung Serben, Roma, Ashkali und Egyptians, Bosniaken und Gorani (moslemische Slawen) sowie Türken. Die serbische Bevölkerung

10 Die größten KFOR-Kontingente werden (Stand Juni 2009) von Deutschland (2 350), Italien (1 935) gestellt. Die USA, die im Kosovo mit dem Camp Bondsteel einen ihrer größten Militärstützpunkte aufrecht hält, stellt 1 483 Soldaten und Soldatinnen. Österreich unterhält in der Gruppe der Nicht-NATO-Mitgliedsstaaten in der KFOR das stärkste Kontingent (606).

stellt im heutigen Kosovo zahlenmäßig eine Minderheit dar (ca. 120 000 Serben, ein Drittel davon im Norden), lehnt aber für sich die Bezeichnung »Minderheit« aus historischen wie auch aus politischen Gründen ab.<sup>11</sup> Die Beziehungen zwischen der albanischen Mehrheitsbevölkerung und den Serben haben sich in der Geschichte des Kosovo in Richtung starker Feindseligkeit und einer sozialen Abkapselung der beiden Bevölkerungsgruppen entwickelt. Die kriegerischen Ereignisse in den Jahren 1998 und 1999 zwischen der UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës – Kosovarische Befreiungsarmee) und dem serbischen Militär bzw. serbischen Freischärlertruppen, die massiven Vertreibungen der Kosovo-Albaner durch die serbischen Truppen und dann der Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben diese Kluft zwischen der albanischen und der serbischen Bevölkerung im Kosovo noch weiter vergrößert. Die im Sommer und Herbst 1999 erfolgte »umgekehrte Vertreibung« von Serben, Roma, Ashkali, Egyptians und Angehörigen anderer Minderheiten erwies sich zudem als schwere Hypothek für die interethnischen Beziehungen (vgl. Pradetto 2008: 19).

Durch die Konzentration der internationalen Gemeinschaft, der lokalen Institutionen und Akteure seit 1999 vor allem auf die Hauptkonfliktlinie zwischen Serben und Albanern wurden die sehr schwierigen Lebensumstände der anderen Minderheiten stark vernachlässigt. So sind die Lebensbedingungen vor allem der kosovarischen Roma, Ashkali und Egyptians, die teilweise heute noch in Flüchtlingscamps leben müssen, prekärer als jene der albanischen Mehrheitsbevölkerung und der Serben. Amnesty International und Humans Rights Watch berichten ständig, dass die Roma-Minderheit nach wie vor Gewaltakten ausgesetzt ist und dass die kosovarischen Behörden keine geeigneten Maßnahmen zum Schutz der Minderheit und zur Aufklärung dieser Straftaten ergreifen (roma kosovoinfo 2009). Ein besonderer Skandal ist hier, dass die UNMIK seit zehn Jahren nicht imstande ist, den aus ihren Wohngebieten in Mitrovica vertriebenen Romas und Ashkalis, die in extrem gesundheitsgefährdenden Flüchtlingslagern leben müssen, eine Rückkehr in menschenwürdige Wohnungen zu ermöglichen (Der Standard 2009). Den Vertretern der nicht-serbischen Minderheiten wurden zwar im kosovarischen Parlament Sitze eingeräumt. Sie konnten aber in dem von Kosovo-Albanern und Serben dominierten politischen Prozess kaum als relevante Akteure in Erscheinung treten und ihre eigenen Interessen

durchsetzen. Durch die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hat sich die Situation der Minderheiten weiterhin verschlechtert. Dies wird in einem ausführlichen Bericht von Minority Rights Group International belegt. Es heißt hier zusammenfassend: »Since Kosovo's declaration of independence on 17 February 2008, there has been a vacuum in effective international protection for minorities«. Und weiter: »A lack of political will among majority Albanians and poor investment in protection mechanism have resulted in minority rights being eroded or compromised in the post-independence period« (Stevens 2009, 3). Die desolate ökonomische Situation und die Diskriminierung im Bildungssektor und am Arbeitsmarkt führen dazu, dass es – so der Bericht – zu einer verstärkten Flucht der nicht-serbischen Minderheiten aus dem Kosovo kommt (vgl. auch Bancroft 2009, Mattern 2008).

Die Unabhängigkeitserklärung hatte einschneidende Konsequenzen für die serbische Bevölkerungsgruppe im Kosovo. Einerseits wurde, wie bereits beschrieben, durch die De-facto-Teilung des Kosovo entlang des Flusses Ibar das Bestehen von zwei »separaten Welten« im Kosovo vertieft und festgeschrieben. So heißt es in dem am 17. Juni 2009 im UN-Sicherheitsrat diskutierten Kosovo-Bericht des UN-Generalsekretärs lapidar: »The municipalities in the north of Kosovo, as well as northern Mitrovica/Mitrovica continue to operate largely separately from the rest of Kosovo« (UN Security Council 2009). Andererseits hat sich die Haltung der serbischen Bevölkerung in den Enklaven im Süden in Richtung einer kooperativeren Haltung zu den kosovarischen Institutionen und zur Mehrheitsbevölkerung verändert. Dies ist Folge davon, dass Serbien nicht zuletzt durch die eigene schwierige wirtschaftliche Situation, die sich nun durch die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise noch zugespitzt hat, zu wenig Ressourcen hat bzw. zur Verfügung stellt, die Enklaven im Süden wirtschaftlich zu unterstützen. Die Serben in den Enklaven und ihre Politiker auf Gemeindeebene scheinen langsam aus ihrem Traum zu erwachen, dass der Kosovo bei Serbien bleiben würde und distanzieren sich auch zunehmend von den scharfmacherischen Positionen der Vertreter der serbisch-orthodoxen Kirche (International Crisis Group Report 2009; Kosovar Institute for Policy Research and Development 2008). Diese beginnende Annäherung und Koexistenz von Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern ist vor allem auch Folge davon, dass beide Gruppen einer katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Situation ausgesetzt sind.

11 Zu den Minderheiten im Kosovo vgl. Stevens (2009).

Ungeachtet dieser positiven Entwicklung in den Beziehungen zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben im Süden des Landes ist in der Frage der Rückkehr der vertriebenen Serben und der anderen Minderheiten weiterhin ein fast völliger Stillstand zu konstatieren. So sind laut Statistiken des UNHCR von 2000–2007 nicht mehr als ca. 10 Prozent von etwa 150 000 Flüchtlingen in den Kosovo zurückgekehrt. Im Jahr 2008 kam es zu einem weiteren »dramatischen Rückgang der freiwilligen Rückkehr von Angehörigen der Minderheit im Vergleich zu den früheren Jahren« (UN Security Council 2009), als nur 582 Angehörige der Minderheiten im Vergleich mit 1 816 im Jahre 2007 und 1 669 im Jahre 2006 zurückgekehrt sind. Und in dem im Juni 2009 im UN-Sicherheitsrat diskutierten Kosovo-Bericht des UN-Generalsekretärs heißt es im üblichen diplomatischen Jargon: »The number of voluntary returns in 2009 is gradually increasing, even though it remains disappointingly low and continues to lag behind the 2008 figures«.<sup>12</sup>

### 4.3 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung<sup>13</sup>

Die katastrophale Lage der kosovarischen Wirtschaft hat sich auch in den fast eineinhalb Jahren der Unabhängigkeit nicht verändert. Weiterhin weist der Kosovo eine enorme Abhängigkeit von ausländischer Hilfe, ein großes Budgetdefizit und hohe Arbeitslosenraten auf, und seine Wirtschaft ist auch durch den extremen Importüberschuss stark vom Ausland abhängig. Die Hoffnungen der Kosovo-Albaner auf eine merkbare Verbesserung der wirtschaftlichen Situation nach dem Erreichen der Unabhängigkeit haben sich also nicht erfüllt. Wenn auch die Weltwirtschaftskrise Kosovo im geringeren Ausmaß als die anderen Staaten der Region trifft, verstärkt sie die Ungewissheit über den weiteren Verlauf des wirtschaftlichen Nachholprozesses des Kosovo und trägt dazu bei, dass der Unmut der Bevölkerung über die wirtschaftliche und soziale Situation immer größer wird. Seit Jahren geben fast drei Viertel der Kosovaren in Befragungen an, dass sie mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage unzufrieden sind. Im Dezember 2007 sank diese

Ziffer – vor allem wegen der Hoffnungen in die Unabhängigkeit und die damit immer wieder von den kosovarischen Politikern versprochene Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Seit dem Frühjahr 2009 ist der Prozentsatz der Unzufriedenen wiederum auf den Stand von vor der Unabhängigkeit angestiegen. Die Bereitschaft der Kosovaren, wegen der wirtschaftlichen Situation zu protestieren, lag laut UNDP-Angaben im April 2009 bei 79% und bei 66% im Juli 2009. Etwa 90% – die bis zur Unabhängigkeit hier vor allem der UNMIK die Schuld für die schlechte wirtschaftliche Lage zuschoben – machten nun die eigene Regierung für die schlechte wirtschaftliche Lage verantwortlich (UNDP Early Warning Report 2009).

Ein Blick auf die wichtigsten makroökonomischen Leitindikatoren zeigt deutlich die Schwächen des wirtschaftlichen Systems des Kosovo. Das Wirtschaftswachstum erlebte im Jahr 2005 einen Einbruch, stieg in den Jahren danach auf etwa 3,5% bis 3,8% an und erreichte auf Grund größerer Investitionen der Regierung und des anhaltend stabilen Privatkonsums geschätzte 5,4% im Jahr 2008. Für 2009 werden auf Grund der Weltwirtschaftskrise etwas geringere Wachstumsraten von 3,8% erwartet (Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 19). Für eine Verbesserung der tristen Arbeitsmarktsituation wären deutlich höhere Wachstumsraten notwendig. Der kosovarische Bank- und Finanzsektor ist auch in der Weltwirtschaftskrise sehr stabil geblieben, gleichzeitig ist aber die Mehrzahl der anderen ökonomischen Leitindikatoren weiterhin ausgesprochen negativ. Dies gilt im besonderen Maße für das Außenhandelsdefizit. So wurden im Jahr 2007 Güter in der Höhe von 165,1 Mio. Euro exportiert, gleichzeitig aber Waren im Wert von 1 503,3 Mio. Euro importiert. Die Handelsbilanz verschlechterte sich im Jahr 2008 noch einmal, sodass das Defizit bereits bei mehr als 1,6 Milliarden Euro liegt. Auch das Zahlungsbilanzdefizit ist sehr hoch und lag im Jahr 2008 bei 743,8 Millionen Euro oder 19,5% des Brutto sozialprodukts (im Unterschied zu 12,5% im Jahr 2007) (Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 41f.). Obwohl der Kosovo ein Agrarland ist – rund drei Viertel der Bevölkerung leben auf dem Lande und 60% des Landes sind landwirtschaftliche Nutzfläche – muss der Großteil der Lebensmittel aus dem Ausland, vor allem aus Serbien eingeführt werden. Diese enorme Abhängigkeit macht deutlich, dass sowohl Serbien als auch der Kosovo abseits des politischen Konflikts aus eigenem wirtschaftlichem Interesse die Verbesserung der regio-

12 Ebd. S. 5. Hier muss erwähnt werden, dass die Zahl der »involuntarily repatriated to Kosovo«, d. h. die vor allem in den Arbeitsmärkten der EU-Länder »freigesetzten« kosovarischen Arbeitskräfte in letzter Zeit stark zunimmt (im Jahre 2008 waren es 2 495 Personen).

13 Für wertvolle Hinweise für dieses Kapitel haben wir Vladimir Gligorov vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche zu danken.

nalen Handelsbeziehungen anstreben müssten, was auch größere Investitionen aus Serbien im Kosovo möglich machen würde. Derzeit verhindert aber die politisch verfahrenere Situation jegliche Schritte in diese Richtung.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin mehr als prekär. Die Anzahl der Arbeitslosen steigt ständig, die Arbeitslosenrate lag in den Jahren 2007 und 2008 bei etwa 45% – die höchste Quote in der Balkanregion (Commission of the European Communities 2008), wobei der Prozentsatz von langfristig Arbeitslosen extrem hoch ist und bei etwa 90% liegt (Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 23). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 70%. Der Kosovo ist eine der jüngsten Gesellschaften Europas, was zur Folge hat, dass jährlich an die 30 000 neue Arbeitssuchende auf den Arbeitsmarkt strömen, von denen nicht mehr als 5 - 6 000 reelle Chancen haben, einen Job zu finden. Nach einer Umfrage im Juni 2009 wären 44% der Jugendlichen bereit, angesichts der schlechten Arbeitsmarktsituation den Kosovo zu verlassen (*Die Presse* 2009). Unter den Frauen und den Angehörigen der Minderheiten ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch (55% der Frauen waren im Jahr 2007 arbeitslos, im Gegensatz dazu »nur« 38,5% der Männer) (Commission of the European Communities 2008: 57). Durch das Fehlen von Arbeitsplätzen steigt die ohnehin sehr stark ausgeprägte Migrationsbereitschaft der Kosovaren. Die EU ist aber derzeit nicht in der Lage und nicht dazu bereit, ein positives Migrationskonzept für die kosovarische Bevölkerung anzubieten. Die Liberalisierung des Visa-Regimes wäre ein erster wichtiger Schritt dazu (siehe Abschnitt 5.4).

Der Kosovo als ein kleiner und infrastrukturell schwacher Markt hat in den letzten Jahren sehr wenige ausländische Direktinvestitionen angezogen. Abgesehen von der ungelösten Statusfrage sind hier auch die Probleme, die im Prozess der Privatisierung der früheren sozialistischen Betriebe aufgetreten sind sowie die generelle Rechtsunsicherheit im Kosovo dafür anzuführen. Neben dem Dienstleistungssektor waren es vor allem die internationalen Hilfszahlungen und Unterstützungen sowie die Zuschüsse aus der kosovarischen Diaspora, die für die Wirtschaftswachstumsraten sorgten. Allein durch die UNMIK und ihr Umfeld sind seit 2000 mehr als 2,6 Mrd. Euro in den Kosovo geflossen, auf 100 - 150 Mio. Euro wurden – so der Chef der Mission des Internationalen Währungsfonds im Kosovo Mark Auboin – die jährlichen Aufwendungen für die UNMIK-Infrastruktur geschätzt. Im Jahr

2007 betragen die ausländischen Unterstützungszahlungen 352 Mio. Euro, wobei der Trend bereits vor der Unabhängigkeit sinkend war (im Jahr 2006 waren es noch 465 Mio. Euro) (UNDP Early Warning Report Kosovo 2008: 6). Im Jahr 2008 sank die Höhe der ausländischen Unterstützungsleistungen auf 288,9 Millionen Euro (Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 41). Die ausländischen Direktinvestitionen wiesen zwar in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf (von 250 Millionen Euro stiegen sie auf 422 Millionen Euro im Jahr 2007) (Commission of the European Communities 2008), im Vergleich zu den anderen Ländern in der Region waren sie aber weiterhin sehr gering (in Serbien lagen sie im Jahr 2007 bei 2,27 Milliarden Euro, in Montenegro bei 2,2 und in Mazedonien bei 2,1 Milliarden Euro) (Gligorov 2007: 27; vgl. auch Hunya 2009). Im Jahr 2008 verringerte sich das Ausmaß der ausländischen Direktinvestitionen um 17,7% und lag nun bei 340,4 Millionen Euro (Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 48).

Die Beiträge aus der kosovarischen Diaspora, die einen entscheidenden Teil der Zuschüsse für die kosovarische Wirtschaft und für den Großteil der Bevölkerung im Kosovo ausmachen, dürften in den Jahren nach 1999 jährlich etwa 600 Mio. Euro betragen haben (UNMIK European Union Pillar 2006). Im Jahr 2008 lag die Höhe der Überweisungen von Kosovaren im Ausland bei 535,8 Millionen Euro und machte damit 14,1% des Budgets aus (Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 48). Die Folgen der Weltwirtschaftskrise auf die Auslandsüberweisungen der kosovarischen Diaspora können derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Die Zentralbank des Kosovo hat vorläufige Trends für 2009 veröffentlicht, wonach es einen Rückgang um etwa 5% in den ersten beiden Monaten 2009 gab und hat in diesem Bericht darauf verwiesen, dass diese Tendenz angesichts der Krise im Westen weiter anhalten werde (vgl. Osservatorio Balcani e Caucaso 2009; Central Bank of the Republic of Kosovo 2009: 48).

Der Lebensstandard im Kosovo ist weit niedriger als in den Nachbarländern und die Armutsraten sind hoch. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf lag im Jahr 2006 im Kosovo bei 1 520 Euro und ist damit deutlich niedriger als in Albanien (6 400 Euro), Bosnien-Herzegowina (6 800 Euro) und in Serbien (9 400 Euro) (Central Bank of Kosovo 2009: 20; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche). Die durchschnittlichen Pensionen im Kosovo betragen etwa 50 Euro und die durchschnittlichen Gehälter nur etwas über 200 Euro. Im Vergleich dazu stehen

die für die kosovarischen Verhältnisse exorbitanten Gehälter der »Internationals« oder auch die Gehälter der für die »Internationals« arbeitenden Kosovaren (500 bis 600 Euro z.B. für Dolmetscher). Fast 40% der Kosovaren leben in Armut, davon etwa 15% in extremer Armut – sie verfügen über ein »Budget« von weniger als 90 Eurocent pro Tag (Tenbrock 2008).

Der Kosovo wird auch durch die katastrophale Elektrizitätsversorgung zu einer Art »Dritte-Welt«-Gesellschaft. Die veralteten Großkraftwerke, in die mehrere hundert Mio. Euro aus Hilfgeldern der EU gepumpt wurden, sind höchst ineffizient. Eine rasche Verbesserung dieser Situation ist nicht in Sicht. Generell stellt der Energiesektor einen der wenigen Bereiche dar, der ausländische Direktinvestitionen anziehen könnte. Der Kosovo besitzt auch ein großes Potential an Bodenschätzen, jedoch wären für eine produktive Verwertung dieser Ressourcen enorme Investitionen in die Infrastruktur nötig.

Durch die Statusfixierung der kosovarischen politischen Verantwortlichen und der Bevölkerung in den letzten Jahren sind die Erwartungshaltungen und Projektionen in Bezug auf die Unabhängigkeit des Kosovo enorm geworden. Die Bevölkerung erhoffte sich von der Unabhängigkeit vor allem die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage. Es zeigt sich aber bislang deutlich, dass die formale Unabhängigkeit keinen Zauberstab darstellt, mit dem eine rasche Transformation zu einer positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erreicht werden kann.

Der Kosovo wird zumindest in den nächsten Jahren nicht in der Lage sein, ohne Hilfe von außen eine stabile und nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Es werden ausländische Hilfgelder als auch Direktinvestitionen in hohem Ausmaß ebenso wie Gelder aus der Diaspora notwendig sein, um die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und die soziale Krise abzufedern. Die Mitgliedschaft des Kosovo bei IWF und in der Weltbank könnte mehr Spielraum im Budget ermöglichen und potentiellen Investoren eine größere Sicherheit bei Investitionen im Kosovo bieten. Durch die Mitgliedschaft in den Weltfinanzinstitutionen eröffnet sich die Möglichkeit für die Finanzierung zusätzlicher Projekte im Infrastrukturbereich als auch die Möglichkeit der sog. »Soft Loans«.

Die zukünftige Entwicklung der kosovarischen Wirtschaft wird aber hauptsächlich von der Effizienz der Strategien zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe als wirtschaftliche Basis des Kosovo, von einer produktiven Nutzung der landwirtschaftlichen Res-

ourcen sowie von der Lösung der Probleme in der Energieversorgung abhängen. Wichtig für den Ausbau einer Dienstleistungsindustrie ist insbesondere die Modernisierung des Bildungswesens, in das massiv investiert werden müsste.<sup>14</sup>

#### 4.4 Funktionsfähige Demokratie im Kosovo und die Krise der politischen Klasse

Auf der Ebene der Verankerung der formal demokratischen Institutionen, der ordnungsgemäßen Durchführung von Wahlen sowie beim institutionellen Aufbau einer Lokalverwaltung und eines Verwaltungs- und Justizsystems hat es seit 1999 durchaus Fortschritte gegeben. Sowohl die Parteien und Politiker wie auch die Bevölkerung akzeptieren im Großen und Ganzen die formalen Grundregeln der parlamentarischen Demokratie und es gibt, abgesehen von kleineren Gruppierungen, keine relevanten politischen Kräfte, die auf einen Systemwechsel und – sieht man von den Ausschreitungen gegen die Serben und die anderen Minderheiten im März 2004 ab – auf eine Politik der Gewalt hinarbeiten.

Auf der anderen Seite sind die Effizienz und die demokratische Legitimität der von UNMIK und OSZE aufgebauten politischen Institutionen sowie der politische Stil der kosovarischen Politiker äußerst kritikwürdig. Regierungs- und Machtpositionen wurden und werden als Einflussdomäne der klientelistisch operierenden Parteien mit dominanten Führungspersonlichkeiten aufgefasst und benutzt, die Entwicklung einer von den Parteien unabhängigen Beamtenschaft blockiert und komplexe Sachfragen von rhetorischen Ablenkungsmanövern überdeckt. Ethnonationalistische Argumentationen und Symbolik<sup>15</sup> bestimmen stark das öffentliche Auftreten von Politikern. Im politischen Entscheidungsprozess spielen Frauen eine sehr marginale Rolle, sie sind kaum in Regierungs- und politischen Führungspositionen vertreten.<sup>16</sup>

14 »Kosovo's education system continues to be affected by resource and budgetary restraints, a lack of adequate facilities and poor quality of teaching. Teachers' motivation is seriously hampered by low salaries and and the inadequate career system« (Commission of the European Communities 2008: 41).

15 Unter »Ethnonationalismus« wird jenes politische Prinzip und jene grundsätzliche politische Einstellung verstanden, die mit einer ethnischen und exklusiven Auffassung von Nationen einhergeht und die eigene Nation aggressiv gegen andere Nationen abgrenzt.

16 So war keine Frau im Kosovo-Verhandlungsteam in Wien, das mit Athisaari und serbischen Regierungsvertretern den Statusprozess verhandelte, vertreten (Ante 2008: 341).

Ein gravierendes Problem für die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur ist auch die zum Teil sehr enge Verbindung von Politikern mit den Strukturen und Akteuren der organisierten Kriminalität. So führen zwei ehemalige UNMIK-Mitarbeiter in einer Buchpublikation über das Engagement der internationalen Gemeinschaft im Kosovo hierzu aus: »Though ordinary crime has been reduced to a level comparable to some EU countries, an Al Capone-like combination of violence and corruption continues to colour public life« (King/Mason 2006: 23). Und im Mai 2009 erklärte die Vorsitzende des Frauenforums der LDK, Meliha Termkolli öffentlich: »(T)he current government not only fails to fight crime, but in certain cases is encouraging it (...) In fact, I said at the last assembly that crime and criminals are ruling Kosovo« (UNMIK Media Monitoring 2009c).

Die politische Klasse des Kosovo, die kaum Erfahrungen mit den Einrichtungen einer Demokratie hat, muss mit dem Dilemma einer »doppelten Legitimitätskrise« umgehen: Einerseits muss sie ihr Handeln gegenüber der internationalen Gemeinschaft, die die Einlösung von bestimmten Standards verlangt, legitimieren, andererseits darf sie die Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung nicht vernachlässigen. Dass die Bevölkerung mit ihren politischen Verantwortlichen immer weniger zufrieden ist, zeigt sich deutlich in der geringen Wahlbeteiligung. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 2007, die einen Sieg der Demokratischen Partei des Kosovo (PDK) von Hashim Thaçi und die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen der PDK und der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) zum Ergebnis hatten, erreichte die Wahlbeteiligung den niedrigsten Stand seit 1999, nämlich nur 42 Prozent. Zu Beginn des Jahres 2009 brach die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierung regelrecht ein (im April 2009 lag sie nur bei 38%). Die neueste UNDP-Befragung vom Juni 2009 belegt mit 53% wieder größere Zustimmung zur Thaçi-Regierung (vgl. UNDP Early Warning Report 2009).

Gegenüber der Dominanz einer klientelistischen und ethnonationalen Politik, die so gut wie alle Lebensbereiche überlagert, können sich im Kosovo eine lebendige demokratische Kultur und politische Repräsentanten, die sich an der Lösung der existentiellen Probleme der Bevölkerung orientieren und nicht an individueller Bereicherung und einer Unterstützung ihrer politischen Seilschaften, nur recht langsam durchsetzen. Hier wird entscheidend sein, ob sich jüngere Politiker, die ein demokratisches, stärker bürgerorientiertes Politikverständnis aufwei-

sen, wie etwa der in Österreich promovierte Minister für Bildung, Wissenschaft und Technologie Enver Hoxhaj oder der frühere Chefredakteur von ZERI Blerim Shala (nunmehr Vizepräsident der von Haradinaj geführten AAK – Allianz für die Zukunft des Kosovo), in ihren neuen Führungspositionen durchsetzen und behaupten können. Die Herausbildung kritischer zivilgesellschaftlicher Strukturen, mit denen es möglich wäre, für die Bevölkerung relevante Themen im öffentlichen Diskurs zu verankern und die politischen Verantwortlichen effizient zu kontrollieren, krankt auch daran, dass einerseits ein großer Teil der kosovarischen NGOs weitgehend von ausländischer Finanzierung abhängig ist und dass andererseits Regierung und die politischen Parteien wenig Interesse zeigen, die zivilgesellschaftlichen Gruppen und Repräsentanten ernst zu nehmen und mit ihnen in konstruktiver Weise zusammen zu arbeiten (UNDP 2009). So bleiben die Bemühungen vieler engagierter NGOs, wie z.B. im Bereich von Frauen und Jugend oder im Bereich der interethnischen Versöhnung, ohne größere Wirkung.

#### 4.5 Korruption und organisierte Kriminalität

Eines der größten Probleme für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation, aber auch für eine demokratische politische Kultur ist die Korruption im Kosovo. So vertraten 74 Prozent der Bevölkerung im Kosovo Ende 2007 die Meinung, dass es Korruption im großen Stil innerhalb der Kosovo Energy Corporation gäbe. 61 Prozent der Befragten bezeichnen die Kosovo Trust Agency, die den Privatisierungsprozess managt, als korrupt, während die allgemeine Verwaltung von 45 Prozent und die Spitäler und Ärzte von fast 40 Prozent der Befragten der Korruption verdächtigt werden (UNDP Early Warning Report Kosovo 2008: 30; vgl. auch UNDP Early Warning Report 2009).<sup>17</sup> Die von der kosovarischen Regierung eingerichtete Anti-Korruptionsbehörde ist zahnlos gegenüber den korrupten Machenschaften, in die einflussreiche Mitglieder der politischen Klasse im Kosovo involviert sind. Hinzu kam, dass immer wieder Mitglieder

17 In der neuesten Studie von Transparency International (2009) schneidet der Kosovo bei der Perception der Korruption ähnlich wie die Nachbarländer ab. Dieser Bericht zeigt, dass das größte Ausmaß der Korruption im Bereich der Gerichtsbarkeit vermutet wird. Vgl. zu Perceptionen der Korruption und der Kriminalität im Kosovo auch die Studie der Kosovar Stability Initiative (2008).



der UNMIK und der EU in Korruptionsskandale verwickelt waren.<sup>18</sup>

Neben der Korruption stellt die organisierte Kriminalität mit ihren Aktivitäten in allen Sphären der Gesellschaft ein enormes Problem für den unabhängigen Kosovo dar. Nach Schätzungen des Directorate of Organised Crime beträgt der Tagesumsatz der organisierten Kriminalität im Kosovo etwa 1,5 Millionen Euro, was einem Jahresumsatz von etwa 550 Millionen Euro entspricht. Dieser Betrag macht in etwa ein Viertel des gesamten Brutto sozialproduktes des Kosovo aus (Institut für Europäische Politik 2007: 53).

Der einzige profitable Wirtschaftszweig im Kosovo, in dem es auch »vertrauensvolle« Zusammenarbeit von Albanern und Serben gibt, scheint die organisierte Kriminalität zu sein. Kriminelle Organisationen am Balkan kontrollieren mit türkischen Gangs den Heroinhandel in Europa. Der Balkan war in den letzten Jahren die Durchgangsrouten für Heroin von Afghanistan und in zunehmendem Maße auch von anderen zentralasiatischen Ländern, über die etwa 90 Prozent des Heroins nach Mittel-, West- und Nordeuropa gelangen. Nach Angaben der europäischen Polizeibehörden spielen kosovo-albanische Gangs eine wichtige Rolle bei der Organisation und der Kontrolle der Drogen-Schmuggelwege auf dem Balkan wie auch der Verteilernetze im regionalen und internationalen Umfeld, wie beispielsweise in der Schweiz, Italien oder Griechenland (UN Office on Drugs and Crime 2008: 58f).

Ein weiterer sehr einträglicher Bereich der organisierten Kriminalität im Kosovo und in den umliegenden Ländern ist der Schmuggel von Zigaretten und Benzin. Auch hier ist die regionale Kooperation intensiv, vor allem mit Banden aus Mazedonien, Serbien und insbesondere aus Montenegro. In den Jahren seit dem Ende des Krieges hat der Frauen- und Mädchenhandel aus Südosteuropa und die damit verbundene Zwangsprostitution stark zugenommen. In einer internationalen Studie zum Menschenhandel in Südosteuropa (gemeinsam erstellt

von OSZE, UNICEF und dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte) im Jahr 2003 wurde über die zunehmende Anzahl von Kindern und jungen Frauen berichtet, die aus Südosteuropa als billige Arbeitskräfte und Prostituierte in den Westen verschleppt wurde. Kosovo wurde in diesem Bericht als wichtige Zieldestination und weniger als Transitland bzw. Ursprungsort des menschenverachtenden Handels mit Frauen und Mädchen (und Kindern) bezeichnet (Limanowska 2003: 43f). Es gibt in allen größeren Städten des Kosovo viele als Cafés und Restaurants getarnte Bordelle, die auch stark von »Internationals« frequentiert werden. Laut neueren Berichten hat sich hier die Lage nicht verbessert: »Kosovo remains a source, transit point and destination for trafficking in human beings. It is also affected by internal trafficking« (Commission of the European Communities 2008: 20).

Wie bereits erwähnt, ist die Verknüpfung der Strukturen der organisierten Kriminalität mit der politischen Klasse ein Hemmschuh für eine positive Entwicklung im Kosovo. Dušan Reljić spricht in diesem Zusammenhang von einem »Nexus zwischen Politik und grenzüberschreitender Kriminalität« und dem Phänomen so genannter »Multifunktionspersonen«, die gleichzeitig politische, wirtschaftliche und kriminelle Interessen verfolgen (Reljić 2007: 16f, vgl. Mappes-Niediek 2003). Im oben zitierten Bericht des Instituts für europäische Politik wird zudem die passive Politik der internationalen Gemeinschaft gegenüber Korruption und organisierter Kriminalität scharf kritisiert. Es heißt hier, dass »von internationaler Seite innerhalb der letzten Jahre (...) offen zur Stabilisierung der lokalen OK-Machtstrukturen beigetragen wurde, indem man maßgeblichen Akteuren umfassende Mitspracherechte bei der politischen und gesellschaftlichen Aufbauarbeit einräumte« (Institut für europäische Politik 2007: IX).

## 5 Die EU im Kosovo

### 5.1 Die EU im Kosovo bis 2007

Das ursprüngliche Mandat der EU im Kosovo leitet sich unmittelbar aus der Sicherheitsratsresolution 1244 ab. In Punkt 17 der Resolution wird die Aufgabe der EU, am Prozess einer wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilisierung der Region mitzuwirken, hervorgehoben. Die EU wurde folglich in der ersten Phase des internationalen Einsatzes im Rahmen der UNMIK-Struktur mit der Leitung des

18 Für großes Aufsehen sorgten 2007 interne UN-Untersuchungen gegen die Korruption in den Reihen der UNMIK, namentlich gegen SRSG Ruecker, seinen Stellvertreter Steven Schook und den Leiter der Rechtsabteilung der UNMIK Alexander Borg-Olivier. Steven Schook verließ folglich Kosovo im Dezember 2007, sein Vertrag mit der UNMIK wurde als Konsequenz der Untersuchungen nicht erneuert (Deda 2008: 320f). Steven Schook ist in der Zwischenzeit wieder in den Kosovo zurückgekehrt und fungiert als politischer Berater des AAK-Chefs Haradinaj.

Pillars IV und damit generell mit der Verantwortung für den Wiederaufbau und die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft beauftragt. In dieser Funktion hat die EU über die Taskforce der EU-Kommission für den Wiederaufbau des Kosovo, das European Humanitarian Aid Office (ECHO) und über die Europäische Agentur für den Wiederaufbau die finanzielle Hauptlast für den Prozess des Wiederaufbaus und der Stabilisierung des Kosovo getragen. Der Wiederaufbau von Häusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen wurde erfolgreich und rasch gelöst. Der Aufbau einer funktionsfähigen Wirtschaft aus einer Situation der Unterentwicklung und infrastruktureller Mängel erwies sich jedoch als fast unlösbare Aufgabe.

Im Einsatz der EU im Kosovo seit 1999 offenbarten sich eine Reihe von grundsätzlichen strategischen Schwachpunkten, über die Mitwirkung am Wiederaufbau des durch die Kriegshandlungen zerstörten Kosovo hinaus mitzuhelfen, die Grundlagen für eine lebensfähige wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo und auch in der Region (wie im Punkt 17 der Sicherheitsrats-Resolution 1244 festgelegt) zu schaffen. Angesichts der immensen Finanzzuschüsse der EU – 2,3 Mrd. Euro von 1999 bis 2008 – ist der Erfolg, was die realen Effekte für den Aufbau der kosovarischen Wirtschaft und ihre Modernisierung betrifft, ausgesprochen dürftig. Dass die EU-Hilfe die sehr schlechte wirtschaftliche Situation im Kosovo nicht entscheidend verbessern konnte, hängt vor allem auch mit einer verfehlten Prioritätensetzung zusammen. Ähnlich wie in Bosnien zielte man in der Anfangszeit vorrangig auf die Verbesserung der Sicherheitssituation ab und versäumte es, eine klar konzipierte und konsistente Wirtschaftsstrategie zu entwickeln. Besonders deutlich wird dies im Bereich der ländlichen Entwicklung: Die kosovarische Landwirtschaft, in der 30-40% der Arbeitskräfte im Kosovo beschäftigt sind, wurde in den Hilfsprogrammen weitgehend vernachlässigt. Es wurde vor allem unterlassen, durch Zuschüsse und Hilfsprojekte kleinere landwirtschaftliche Betriebe zu unterstützen und dadurch die Abhängigkeit des Kosovo von aus den Nachbarländern importierten Nahrungsmitteln zu reduzieren. Während die Landwirtschaft und damit die bäuerliche Bevölkerung in EU-Kandidaten-Ländern wie Kroatien oder Mazedonien von Zuschüssen im Kontext der »EU preaccession agricultural aid« profitieren konnten, war der Kosovo, der hier ganz besonderen Bedarf hätte, als Nicht-Kandidaten-Land aus dieser Hilfe ausgeschlossen (vgl. Ante 2008, 264f.). Insgesamt wurden –

ähnlich wie bei den Staatsbildungs- und Demokratisierungsstrategien der UNMIK – die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen viel zu wenig an die Bedingungen und Gegebenheiten im Kosovo angepasst und vermochten so nicht, die lokalen Institutionen, Akteure und Kapazitäten zu stärken und weiter zu entwickeln.

Zahlreiche Verfehlungen und Missstände sind auch in der Praxis der UNMIK und des von der EU geleiteten Pillar IV nachweisbar. So versickerten beispielsweise in den Großprojekten der EU – insbesondere in der Verwaltung des größten Elektrizitätswerks im Kosovo (KEK), wo die EU seit 1999 mehr als 400 Mio. Euro zur Verfügung gestellt hatte oder im Ausbau des Flughafens von Prishtina – Millionen von Euro durch mangelnde Kontrolle und flagrante Korruption.<sup>19</sup> Auch die für die Wirtschaftsentwicklung so wichtige Frage der Art und Weise der Durchführung des Privatisierungsprozesses – die kosovo-albanische Seite beharrte auf der Rücknahme der in der Milošević-Zeit widerrechtlich durchgeführten Privatisierungen und erwartete sich zugleich von der effizienteren Nutzung der ehemaligen Staatsbetriebe neue Impulse für die Wirtschaftsentwicklung – verlief schleppend und wurde vielfach kritisiert. So führt Karl Eide in seinem Bericht an den UN-Generalsekretär vom August 2005 aus: »Privatization has become a symbolic issue and a sign of unfulfilled promises by UNMIK« (Eide 2005: 12). Bis zum Jahr 2008 wurden 551 Unternehmen zur Privatisierung frei gegeben, 417 wurden auch tatsächlich privatisiert (Wittkowsky 2009: 24). Die Mehrzahl der Betriebe wurde unter dem realen Marktwert verkauft. Die neuen Besitzer, von denen der Großteil aus der kosovarischen Diaspora kommt, bemühten sich zu wenig um die Erneuerung der Infrastruktur, die Erhöhung der Produktivität der ehemals sozialistischen Betriebe und die Schaffung von Arbeitsplätzen, so dass die erwarteten Impulse für die Entwicklung der kosovarischen Wirtschaft sehr gering ausgefallen sind. Die für die Privatisierung zuständige Kosovo Trust Agency wurde im Laufe der Zeit neben der ebenfalls von der EU verwalteten KEK zum Symbol einer korrupten und ineffizienten Einrichtung (UNDP Early Warning Report 2009).

<sup>19</sup> Es gab und gibt von der EU und von UNMIK nur sehr halbherzige Untersuchungen bezüglich der Involvierung hochrangiger EU-Mitarbeiter in diese Korruptionsfälle. So hat unlängst das EU-Parlament eine Untersuchung durchgeführt von »suspicious cases of corruption and misuse of EU funds that occurred during UNMIK administration which failed to issue indictments against suspected officials« (UNMIK Media Monitoring 2009d; Kramer/Džihic 2006: 237ff).

Ein weiteres Hindernis für eine konsistente und wenig effiziente EU-Wirtschaftsstrategie im Kosovo war sicherlich die mit dem Statusproblem zusammenhängende eingeschränkte Handlungsfähigkeit der EU und der kosovarischen Behörden im Kontext der Annäherung an die EU. Die Einrichtung des »SAP Tracking Mechanism« anstatt einer vollen Integration in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU für den Westbalkan war kein ausreichender Anreiz für die Durchführung wichtiger Reformen und beschränkte die Wirkung der EU-Konditionalitätspolitik.

## 5.2 Von UNMIK zu EULEX

Die EU bereitete sich auf die neue Mission im Kosovo bereits seit 2006 vor. Im Verlauf der Statusverhandlungen war es von Beginn an klar, dass nach der formalen Lösung der Statusfrage eine grundlegende Umorganisation des Einsatzes der internationalen Gemeinschaft und damit auch der EU im Kosovo erfolgen müsste. Nach den Plänen von UN, USA und der EU sollte die UNMIK nach der Unabhängigkeitserklärung durch eine internationale Mission der EU abgelöst werden, was dann auch im Ahtisaari-Plan festgelegt wurde. Das im April 2006 etablierte »European Union Planning Team Kosovo« übernahm die Aufgabe der Vorbereitung der EULEX-Mission (Official Journal of the European Union 2006).

In dem im Juli 2006 veröffentlichten Bericht von Javier Solana und Erweiterungskommissar Olli Rehn mit dem Titel »On the future EU role and contribution in Kosovo« wurde das neue EU-Engagement wie folgt festgelegt: Erstens, die Installierung eines Special Representative der EU (EUSR) nach dem Vorbild in Bosnien-Herzegowina, der gleichzeitig Leiter des International Civilian Office (ICO) war, das die Unterstützung Kosovos im Prozess der Integration in die EU und die Implementierung der Bestimmungen des Ahtisaari-Planes zur Aufgabe hat.<sup>20</sup> Zweitens sollte die Rolle von EULEX auf den Bereich des »Rule of Law« konzentriert werden. Drittens plante die EU zu diesem Zeitpunkt eine Verstärkung ihrer Aktivitäten im Kosovo im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und eine Konkretisierung der für den Kosovo so wichtigen EU-Beitrittsperspektive. Parallel dazu wurde die

Bereitstellung finanzieller Mittel für den Kosovo aus den zukünftigen »Pre-Accession Instruments« beschlossen.

EULEX wurde als die bisher größte zivile Auslandsmission in der Geschichte der EU mit dem Ziel konzipiert, die kosovarischen Institutionen im Bereich des »Rule of Law« und hier insbesondere bei der Stärkung der Kapazitäten im Polizei-, Gerichtsbarkeits- und Zollbereich zu unterstützen. Die legale Basis für die Mission wurde in einem Gemeinsamen Aktionsbeschluss des EU-Rates vom 4. Februar 2008 geschaffen. Im selben Beschluss wurde auch die Errichtung des Büros eines EU Special Representative festgelegt und der Holländer Peter Feith zum ersten EUSR bestellt, der die politischen Ziele der EU umsetzen soll. Zum Zeitpunkt der Erklärung der kosovarischen Unabhängigkeit war es aufgrund der Blockadepolitik Belgrads und des mangelnden internationalen und europäischen Konsenses in der Anerkennungsfrage bereits absehbar, dass die Erfüllung der Aufgaben der neuen Mission außerordentlich schwierig werden würde. In dieser Situation war die EU – ähnlich wie die UNMIK in der ersten Phase ihres Mandats im Sommer und Herbst 1999 – viel zu wenig aktiv. So kamen von der EU in der Periode von Mitte Februar bis Mitte Juni 2008 überhaupt keine Stellungnahmen und die EU reagierte weitgehend nur auf Entscheidungen des UN-Generalsekretärs. Es wurde offensichtlich von Seiten der EU unterschätzt, dass der politische Konsens – die Voraussetzung für einen Erfolg der EULEX-Mission – sowohl im Kosovo und in Serbien wie auch im Sicherheitsrat der UN nicht vorhanden war (International Crisis Group 2008: 3, 11).

## 5.3 »Rekonfusion« statt »Rekonfiguration«

Eine grundlegende Schwierigkeit der EULEX-Mission lag von Beginn an in der Tatsache, dass die »Rekonfiguration« der UNMIK, das heißt der personelle Rückbau der UN-Mission und die Neuaufteilung der Aufgaben und der Kompetenzen in der Übergangsperiode mit EULEX sehr unklar konzipiert und vor allem durch weitgehende rechtliche Unklarheit gekennzeichnet waren – ein Editorial in der kosovarischen Zeitung *Kosovo Sot* sprach sehr treffend davon, dass es sich weniger um eine »Rekonfiguration«, sondern vielmehr um eine »Rekonfusion« handelte (UNMIK Media Monitoring 2008a). Die Ablösung der UNMIK und die Installierung von EULEX hätten nur durch ein neues Mandat des UN-Sicherheitsrates auf eine legale Basis gestellt werden

<sup>20</sup> Bis Ende 2008 hätte das ICO 300 Mitarbeiter haben sollen. Zum gegenwärtigen Stand: »ICO employs over 200 staff from all over the world.« (ICO 2009).

können. Angesichts der scharfen Proteste Serbiens gegen ein derartiges UN-Mandat für EULEX, die aus der Sicht von Belgrad die Unabhängigkeit des Kosovo definitiv und irreversibel machen würde, und der Unterstützung der serbischen Position durch Russland im Sicherheitsrat, konnte trotz der Bemühungen des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon kein Kompromiss erzielt werden. Dadurch entstand ein rechtliches Chaos, das alle vorherigen Pläne, Strategien und konkreten Vorbereitungsschritte des European Union Planning Team Kosovo mehr oder weniger zunichte machte.

Im Mai und Juni 2008 wurde in intensiven Verhandlungen innerhalb der UN und mit Belgrad und Prishtina versucht, ein »status-neutrales« Übergangsmo- dell (UN-Generalsekretär Ban Ki Moon) als Kompromisslösung auszuarbeiten, wonach UNMIK und EULEX eine Zeit lang parallel arbeiten sollten. Man suchte eine Option, mit der – wie von Serbien und Russland gefordert – die SR-Resolution 1244 in Kraft bleiben würde, EULEX aber gleichzeitig innerhalb des Mandats der UNMIK die zentrale Rolle als »Rechtsstaatlichkeitsmission« übernehmen sollte. Das »Verwirrspiel« rund um die Rekonfiguration von UNMIK setzte sich im Sommer 2008 fort. Im Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 12. Juni 2008 und in den Begleitbriefen an den serbischen und kosovarischen Präsidenten Tadić und Sejdiu wurden die Konturen des späteren »Sechs-Punkte-Plans« bereits skizziert und die neue Strategie der UN formuliert: »The European Union will perform an enhanced operational role in the area of the rule of law under the framework of resolution 1244 (1999) and the overall authority of the United Nations. The European Union will, over a period of time, gradually assume increasing operational responsibilities in the areas of international policing, justice and customs throughout Kosovo« (UN Security Council 2008a: 4).

Das organisatorische Chaos, das diese Regelung zur Folge hatte, drückte sich darin aus, dass Pieter Feith einerseits als Internationaler Beauftragter (ICR) die Unabhängigkeit des Kosovo und den Athisaari-Plan unterstützen bzw. implementieren, andererseits als EU-Sonderbeauftragter (EUSR) »status-neutral« operieren sollte. So schreibt Mary Martin: »(I)nstitutional confusion in Kosovo has eroded a clear sense of the priorities of external assistance« (Martin 2009: 9). Da der EU-Pillar am 30. Juni 2008 als einziger Teil der UNMIK innerhalb der vorgesehenen 120 Tagesfrist geschlossen wurde, kam es zu keiner geordneten Übergabe von dessen Aufgaben an EULEX. Schlussendlich waren weder die kosovari-

sche Regierung noch die UN bzw. die EU in ihren neuen Funktionen in der Lage, die bislang vom EU-Pillar wahrgenommenen Aufgaben im ökonomischen Bereich adäquat fortzusetzen (Wittkowsky 2009: 22).

Nach der Sitzung des Sicherheitsrates am 26.7.2008, bei der wiederum kein Kompromiss in der Frage der Umstrukturierung des internationalen Einsatzes im Kosovo erzielt werden konnte, ergab sich eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den UN-Vertretern, den EU-Staaten und der USA, ungeachtet der weiterhin unklaren rechtlichen Situation mit dem Umbau bzw. dem Abbau der UNMIK zu beginnen. Unterdessen lief mit der Entsendung der Mitarbeiter und deren Einschulung bei gleichzeitiger Reduktion des UNMIK-Personals die sogenannte Operationalisierungsphase von EULEX weiter.

Eine entscheidende Wende und ein offensichtlicher »Deal« der EU und der USA mit Serbien erfolgten in der zweiten Hälfte 2008: Belgrad, das eine Doppelstrategie der Annäherung an die EU und der gleichzeitigen Ablehnung der kosovarischen Unabhängigkeit verfolgt, widersetzte sich vehement der Ablösung der UNMIK durch eine EU-Mission, die auf Grundlage der Unabhängigkeit des Kosovo und dessen neuer auf dem Athisaari-Plan beruhenden Verfassung operieren würde. In zähen Verhandlungen mit der UN und den EU-Staaten konnte Serbien seine Vorstellung von einer statusneutralen EU-Mission parallel zur weiteren – wenn auch reduzierten Präsenz – der UNMIK durchsetzen. Der UN-Generalsekretär präsentierte dann im November 2008 den so genannten »Sechs-Punkte-Plan«, der eine »status-neutrale« Rolle von EULEX und die Verlängerung der Gültigkeit der Resolution 1244 im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorsah. Nach diesem Plan wurde, so die Kritik der Regierung in Prishtina, Belgrad eine wichtige Rolle beim Schutz der Rechte der serbischen Bevölkerung im Kosovo, in den Bereichen Polizei, Zoll, Justiz, Transport, Infrastruktur und der Grenzen der serbischen Gemeinden sowie der serbisch-orthodoxen Heiligtümer eingeräumt (UN Security Council 2008b).

Die kosovarische Regierung wurde in diesen Entscheidungsprozess überhaupt nicht einbezogen. Ministerpräsident Thaçi und Präsident Sejdiu verhielten sich in dieser Situation völlig passiv, da sie offenbar glaubten, der vollen Unterstützung der USA sicher zu sein. So wurden sie durch die Kompromisse mit Serbien und durch die veränderte Haltung Washingtons und der EU völlig überrascht. Die Regierung in Prishtina, die in der Umsetzung des

»Sechs-Punkte-Plans« von Ban Ki Moon die Akzeptanz einer De-facto-Teilung des Landes sowie einen direkten Angriff auf die Integrität des neuen Staates sehen musste, reagierte viel zu spät mit einem eigenen »Vier-Punkte«-Plan auf diesen unbestreitbaren politischen und diplomatischen Erfolg Belgrads. In diesem sehr vage gehaltenen Plan wurde betont, dass EULEX nur auf Basis der Unabhängigkeit des Kosovo und der neuen kosovarischen Verfassung operieren müsse und dass die kosovarische Regierung auch in Zukunft eng mit den USA, der EU und der NATO zusammenarbeiten werde (vgl. UNMIK Media Monitoring 2008b). Der »Vier-Punkte«-Plan fand zwar auf Druck der USA Eingang in den Kosovo-Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 24. November 2008, veränderte aber nichts am Umstand, dass das aktuelle Zusammenspiel zwischen UNMIK und EULEX auf der Grundlage des »Sechs-Punkte-Plans« erfolgt. Ende November kam es in Prishtina zu zwei großen, von einer Koalition von NGOs und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft organisierten, friedlichen Demonstrationen gegen den »Sechs-Punkte-Plan« und die ineffiziente zögerliche Politik der kosovarischen politischen Autoritäten, an denen insgesamt mehr als 40 000 Menschen teilnahmen.

Der »Sechs-Punkte-Plan« ermöglichte es der EU, diplomatisch ihr Gesicht zu wahren und nach dem anfänglich totalen rechtlichen Chaos nun den Aufbau der EULEX-Mission voranzutreiben. EULEX begann dann offiziell am 9. Dezember 2008 ihre Mission. Die für die Balkan-Politik maßgeblichen politischen Verantwortlichen in der EU hofften darauf, dass die Regierung in Belgrad, für die eine EU-Mitgliedschaft ein zentrales innenpolitisches Ziel darstellt, durch diese Konzessionen des Westens in der Kosovo-Frage eine konstruktivere Haltung einnehmen würde. Auch die USA, die offensichtlich mit der Performanz der kosovarischen Regierung nicht zufrieden waren,<sup>21</sup> trugen diese Kehrtwende in der Kosovo-Politik und die weitgehenden Zugeständnisse an Belgrad mit. So erklärte US-Vizepräsident Joseph Biden bei seinem Besuch in mehreren Hauptstädten im Westbalkan im Mai 2009, dass beide Konfliktpartner in der Kosovofrage »realistischere Erwartungen« an den Tag legen müssten. Die Regierung in Washington würde nicht (mehr) erwarten, dass Serbien die Unabhängigkeit

des Kosovo in naher Zukunft anerkennen werde. Aus der Sicht Washingtons sei eine Anerkennung des Kosovo auch keine Voraussetzung auf Serbiens Weg in die EU, die USA erwarteten aber von Serbien eine kooperativere Haltung im Kosovo (und auch in Bosnien-Herzegowina) (vgl. UNMIK Media Monitoring 2009b, e).

Auf die Frage, ob der »Sechs-Punkte Plan« Ban Ki Moons mit seinen weitgehenden Konzessionen an Serbien wirklich die optimale Strategie für die EU und den Westen ist, um die Kosovo-Frage diplomatisch und politisch zu deblockieren und die EU-Mission effizient zu machen, werden erwartungsgemäß sehr unterschiedliche Antworten gegeben. Von Vertretern der EU und den USA wird der »Sechs-Punkte-Plan« zwar als problematischer Kompromiss, aber als einzige Möglichkeit gesehen, der EULEX-Mission eine reelle Chance zur Umsetzung ihrer Zielsetzungen und Aufgaben zu geben. Von Seiten der Regierung und den Oppositionsparteien in Prishtina und von Vertretern der Zivilgesellschaft wird das neue strategische Arrangement von EU und USA mit Serbien und Russland als Rücknahme der Unterstützung der Unabhängigkeit des Kosovo und als Verrat an den Prinzipien, für die die internationale Gemeinschaft ursprünglich im Kosovo interveniert hat, scharf kritisiert. So war in einem Newsletter der in der Bevölkerung sehr populären politischen Bewegung »Vetëvendosje« (Selbstbestimmung) nach dem Besuch von US-Vizepräsident Biden zu lesen: »In the name of preserving stability, Serbia was given by the US and EU the instruments and power to undermine Kosova's sovereignty and territorial integrity as well. Now, in the name of stability, neither the US nor the EU is willing to use any leverage against Serbia« (Vetëvendosje 2009b). In der Praxis hat aber die kosovarische Regierung keine weiteren Schritte gesetzt, um den eigenen Vier-Punkte-Plan zu präzisieren und bei der UN Lobbying für diesen zu machen. Man setzte weiterhin die Strategie fort, im albanisch besiedelten Teil die Vorgaben des Ahtisaari-Plans umzusetzen, die UNMIK de facto zu ignorieren und die Politik Belgrads in Bezug auf den Norden des Kosovo scharf zu kritisieren.

Im Verlauf des August 2009 zeichnete sich ein weiterer »Deal« mit Belgrad ab, diesmal in der Frage der Zusammenarbeit mit dem serbischen Innenministerium im Bereich der Bekämpfung der Kriminalität und des illegalen Handels. Die Reaktion der kosovarischen Verantwortlichen fiel sehr negativ aus – sowohl der kosovarische Präsident Sejdiu als auch Premierminister Thaçi verurteilten das Ab-

21 Tim Judah merkte dazu an: »I think the Americans are irritated with the fact that Kosovo politicians are not behaving as if running a true state and are not decisive in taking responsibility over their own fate« (UNMIK Media Monitoring 2009e).

kommen zwischen Belgrad und EULEX und machten in Richtung der EULEX-Verantwortlichen deutlich, dass Prishtina keinesfalls bereit sei, eine solche Vereinbarung zu unterstützen (vgl. UNMIK Media Monitoring 2009k, l). Zum selben Zeitpunkt verstärkte sich in der kosovarischen Öffentlichkeit und in der zivilgesellschaftlichen Szene die Kritik an EULEX. Die kosovarische Zeitung Zeri sprach vom Ende der »Flitterwochen« für EULEX (»The honeymoon is over«) (UNMIK Media Monitoring 2009m). Nach einer Anfang September veröffentlichten Umfrage missbilligen 92% der Befragten die EULEX-Mission im Kosovo, 96% kritisieren scharf den Versuch von EULEX mit Belgrad ein Abkommen über Zusammenarbeit im Polizeibereich abzuschließen (New Kosova Report 2009). Die Aktivisten von »Vetëvendosje« gingen einen Schritt weiter und demolierten am 25. August unter dem Motto »There is no difference between EULEX and UNMIK« und als Zeichen der Ablehnung des neuerlichen »Deals« mit Serbien 28 EULEX-Fahrzeuge (UNMIK Media Monitoring 2009l). Diese Aktionen von »Vetëvendosje« fanden nach der Umfrage von New Kosova Report breite Unterstützung vor allem bei den jungen Kosovaren (New Kosova Report 2009).<sup>22</sup>

#### 5.4 Die ersten sechs Monate von EULEX

Mit der neuen Rolle von EULEX und dem organisatorischen Rückbau und Rückzug der von Kosovo-Albanern mittlerweile nahezu vollständig boykottierten UNMIK scheint sich das institutionelle Arrangement seit Frühjahr 2009 schrittweise einzuspielen. Die UNMIK ist nur noch im serbisch dominierten Norden relevant. Die Wahrnehmung der Vertretung der Regierung des Kosovo durch die UNMIK bei internationalen Konferenzen, auf denen die Regierung durch den Widerstand Serbiens und Russlands nicht als vollberechtigter Partner zugelassen wird, wird von Prishtina als Affront empfunden und scharf kritisiert. Die Regierung forderte die UN wiederholt auf, die Mission der UNMIK möglichst schnell zu beenden. Premierminister Thaçi und Präsident Sejdiu weigern sich seit dem Frühjahr 2009 sogar, den Chef der UNMIK, SRSZ Zannier, zu Gesprächen zu empfangen. In der kosovarischen

Bevölkerung ist die Zustimmung für eine Präsenz der UNMIK sehr niedrig (vgl. UNDP Early Warning Report 2009a).<sup>23</sup> Das Personal der UNMIK wurde im Juni 2009 bereits auf 507 Personen reduziert, davon sind ca. 150 in so genannten »substantive roles« tätig (UNMIK Media Monitoring 2009h).<sup>24</sup> Von den bislang im Bereich des »Rule of Law« beschäftigten 3 329 UNMIK-Mitarbeitern wurden bis auf 22 Personen alle gekündigt, wobei viele von ihnen von EULEX und zum Teil auch von der OSZE übernommen wurden – viele »Internationals« können sich offenbar schwer von ihren privilegierten Positionen und überhöhten Gehältern trennen.

EULEX erreichte am 6. April 2009 die volle operationale Stärke. Die Mission wird von Yves de Kermabon, dem französischen General, der von September 2004 bis Ende August 2005 Kommandant der KFOR-Truppen war, geleitet. Mit dem 31. Mai 2009 waren 2 569 Personen im EULEX-Einsatz, davon 1 651 internationale und 918 lokale Kräfte (UN Security Council 2009). Neben dem Personal aus den EU-Staaten sind auch Personen aus Nicht-EU-Staaten (Norwegen, Schweiz, USA, Türkei, Kroatien und Kanada) vertreten. Mit drei Einheiten, der Polizeikomponente – von der Anzahl der Personen her die größte Einheit – der Justizkomponente und der Zollkomponente versucht EULEX, die im Dokument des EU-Rates vom 4.2.2008 vorgegebenen Aufgaben der EULEX-Mission, nämlich die »zuständigen Institutionen des Kosovo in allen Tätigkeitsfeldern mit Bezug zum weiter gefassten Bereich der Rechtsstaatlichkeit (einschließlich der Zolldienste) zu beobachten, anzuleiten und zu beraten, wobei sie auch weiterhin Exekutivbefugnisse in einigen Bereichen wahrnimmt« (UN Security Council 2009) zu erfüllen. In dem mit 31.5.2009 datierten Bericht über die Arbeit von EULEX im Kosovo, der im UNO-Sicherheitsrat am 17. Juni behandelt wurde, sind die bisherigen Tätigkeiten von EULEX angeführt (Secretary General 2009: Annex 1). Die Bilanz der Aktivitäten der ersten sechs Monate erscheint jedoch eher bescheiden. So wird im Bericht erwähnt, dass die Polizei-Einheiten von EULEX im April und Mai gemeinsam mit UNMIK und KFOR bei den Unruhen in Nord Mitrovica einschritten (siehe Abschnitt 4.1). EULEX konnte weiters Ende Mai 2009 aufgrund einer Absprache mit Belgrad die Zollkontrolle an

<sup>22</sup> In der Altersgruppe der 20 bis 30 Jährigen gaben 89% an, sie würden die Aktionen von »Vetëvendosje« unterstützen und eventuell sogar bereit sein, sich daran zu beteiligen (in der Altersgruppe der 30 bis 45 Jährigen 71% und von den 45 bis 65 Jährigen 63%).

<sup>23</sup> Separate Auswertung nach Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben – die letzteren sehen UNMIK weit positiver – liegen nicht vor. Die Zustimmung zur UNMIK bei den Kosovo-Albanern dürfte somit noch niedriger sein.

<sup>24</sup> Bei den 507 UNMIK-Angehörigen ist auch das Personal in den UNMIK-Büros in Belgrad und Skopje inkludiert.

den Grenzübergängen zu Serbien im Norden wieder herstellen (UNMIK Media Monitoring 2009f). Serbien hat hier wegen enormer Verluste, die durch den Schmuggel und durch die im Norden grassierenden kriminellen Geschäfte entstanden waren, großes Interesse, den illegalen Handel im Norden und die damit verbundenen kriminellen Aktivitäten abzustellen. Im Bereich der Gerichtsbarkeit wird aufgelistet, dass die EULEX-Richter ihre Tätigkeit im District Court House in Nord-Mitrovica aufgenommen haben und dass zwei Prozesse im Bereich von Kriegsverbrechen abgeschlossen werden konnten. Weiter wird in dieser eher dürftigen Bilanz angeführt, dass die Juristen der EULEX mit Zivilprozessen, in denen interethnische Eigentumskonflikte verhandelt werden, begonnen haben.

Nach dem Rechenschaftsbericht von EULEX über die ersten sechs Monate wurden von der UNMIK-Verwaltung an EULEX mehr als 400 unerledigte Fälle übergeben, die seit Jahren auf eine Behandlung warten – nach Angaben von norwegischen Juristen soll die Zahl der von der UNMIK nicht abgeschlossenen Fälle weit über 1 000 betragen<sup>25</sup>. Berücksichtigt man weiterhin, dass das kosovarische Justizsystem in der Einschätzung zahlreicher internationaler Prüfberichte (US Department of State 2008; Commission of the European Communities 2008: 13)<sup>26</sup> zu den größten Schwachpunkten Kosovos zählt (und auch von der Bevölkerung dementsprechend negativ beurteilt wird), erscheint es fragwürdig, ob die EU-Mission unter den gegebenen politischen Voraussetzungen mit den von ihr verfolgten Strategien und den Methoden wirklich eine reelle Chance hat, die zentrale Aufgabe ihrer Mission, den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit durch eine Stärkung der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden im Kosovo zu erfüllen. EULEX operiert genau so wie die UNMIK – die nach fast zehn Jahren mit einem mehr als doppelt so großen Personalaufwand nur sehr bescheidene Fortschritte im Aufbau eines Rechtsstaates im Kosovo realisieren konnte – mit einem Personal von internationalen Richtern und Polizisten, die auf Basis von Kurzverträgen und lukrativen Auslandszulagen in ein Land kommen, mit dessen Kultur und Sprache sie nach oberflächlichen Einschulungskursen nicht vertraut sind. Die internationalen Richter, die sich auf Dolmetscher und Übersetzungen der Gerichtsakte aus dem Albanischen und

Serbischen stützen müssen, finden im Kosovo nicht nur eine äußerst chaotische Justizverwaltung vor, sie sind auch mit unterschiedlichen Rechtssystemen konfrontiert. So wenden die Gerichte in den serbischen Gebieten weiterhin serbisches Recht an und werden auch von Belgrad bezahlt. Dass die Kooperation zwischen den außerordentlich gut bezahlten EULEX-Juristen und den lokalen Richtern und Staatsanwälten, die Gehälter um 200 Euro beziehen – seit 2002 gab es für das kosovarische Justizpersonal keine Gehaltserhöhungen – nicht unbedingt problemlos und vertrauensvoll verläuft, liegt auf der Hand. Schließlich ist zu erwähnen, dass es keinesfalls gesichert ist, dass sich die neue EU-Mission im Unterschied zur UNMIK, die im Bereich der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sehr passiv war, hier zu entschiedenen und effizienten Maßnahmen durchringen wird. EULEX verweist darauf, dass sie die KPS bei der Ausarbeitung einer Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Mitte 2009 fertiggestellt wurde, unterstützt hat. So hat EULEX die KPS bei der Ausarbeitung einer Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität unterstützt, die Mitte 2009 fertiggestellt wurde. Die Frage ist jedoch, in welcher Weise die kosovarischen Autoritäten in der Lage und dazu bereit sind, diesen Aktionsplan rigoros umzusetzen. Im Bericht über die Aktivitäten des ersten halben Jahres von EULEX fehlt auch jegliche Erwähnung des Drogenhandels sowie auch des Frauen- und Kinderhandels.<sup>27</sup>

Eine Untersuchung der Zielsetzungen des rechtlichen Mandats und der Aktivitäten der neuen EU-Mission erbringt das ernüchternde Resultat, dass im Grunde die bisherige Politik von UNMIK weitergeführt wird. Pointiert bringt dies die Kosovo-Expertin Verena Knaus in einem Interview zum Ausdruck: »Nur weil jetzt die ehemaligen UN-Polizisten ihr hellblaues gegen ein dunkelblaues EU-Barett ausgetauscht haben, haben wir ja noch keine Rechtsstaatlichkeit eingeführt« (zit. in Wölfl 2009). Und noch kritischer formuliert es Albin Kurti, der Sprecher von »Vetëvendosje«: »EULEX has the same cars, the same headquarters and many of the same staff as

25 Vgl. <http://www.dontinvestinkosovo.com>.

26 Im Mai 2009 wurde eine ausführliche Analyse der Arbeit in vier Bezirksgerichten und sieben Gemeinderichten durch ein kosovarisches Team publiziert, vgl. Balkan Investigative Reporting Network 2009.

27 In einem im Juni veröffentlichten Bericht des US State Department über Menschenhandel wird ausgeführt: »Kosovo continues to be a source, a transit country and a destination for trafficking of women and children for sexual purposes«. Die kosovarische Regierung wird in diesem Bericht für ihre fehlende Bereitschaft angeklagt, »to launch adequate investigations, and prosecute the traffickers, for failing to address trafficking-related corruption and for failing to identify the victims« (US Department of State 2009).

UNMIK and it is founded on the same legal basis as UNMIK. Not surprisingly, EULEX's employees are, like UNMIK, already demonstrating they believe they are above the law – here to implement it for us, but not for themselves« (Vetvëndosje 2009a).<sup>28</sup> Es mehren sich auch kritische Stimmen, die argumentieren, dass bei der Fragwürdigkeit der Effizienz des von der EU aufgebauten internationalen Justiz- und Polizeiapparats die vielen Millionen Euro sinnvoller und effizienter eingesetzt werden könnten: für eine bessere Bezahlung der kosovarischen Richter und Staatsanwälte sowie der Polizisten der KPS und vor allem für sinnvolle Reformmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitssektor, wo es einen enormen Finanzbedarf gibt. Die EU – aber auch die OSZE, die für ihre Aufgaben im Bereich des Minderheitenschutzes und der Überwachung von Wahlen<sup>29</sup> noch immer einen sehr hohen Personalstand (800 Mitarbeiter) aufweist<sup>30</sup> – wird gut daran tun, möglichst bald ihre Prioritäten und die konkreten Operationen der EULEX zu überprüfen<sup>31</sup>, wobei hier in diesen Evaluationsprozess vor allem auch Repräsentanten der kosovarischen Zivilgesellschaft einbezogen werden müssen.<sup>32</sup> Der Thinktank ESI (European Stability Initiative) hat bereits in einem früheren Kosovo-Bericht vor der Gefahr eines bloßen Fortschreibens der UNMIK-Politik gewarnt: »(B)oth the citizens of Kosovo and the European taxpayer deserve better than a set of policies that are failing and bound to fail in the future« (European Stability Initiative 2006).

28 Kurti bezieht sich darauf, dass das EULEX-Personal wie zuvor auch die UNMIK-Mitarbeiter im Kosovo rechtliche Immunität genießen.

29 Nach langen Streitigkeiten zwischen Regierung und Opposition wurde der Zeitpunkt der nächsten Lokalwahlen von Präsident Sejdiu für den 15. November 2009 festgelegt.

30 Die OSZE arbeitet unter dem Druck der USA, die auf eine wesentliche Reduktion des OSZE-Personals drängen, zur Zeit an einem neuen Aktionsprogramm für den Kosovo.

31 EULEX veröffentlichte im Juli 2009 einen umfangreichen »EULEX Programme Report«, in dem eine Einschätzung der bisherigen Aktivitäten vorgenommen und ein Plan für die weiteren Operationen erstellt wurde. Im Wesentlichen werden hier in ausführlicherer Form die Aktivitäten dargestellt, die auch in dem im Rahmen des vor dem UN-Sicherheitsrat im Juni 2009 vorgelegten Berichtes aufscheinen (EULEX Programme Report 2009).

32 Bei einem Treffen der »International Steering Group for Kosovo« (ISG), das am ersten Jahrestag der Verabschiedung der Verfassung des Kosovo durch das Parlament stattfand, wurde bekannt gegeben, »that the ISG is expected to review the competencies of the International Civil Representative in a meeting that will be held in February 2010« (UNMIK Media Monitoring 2009).

## 5.5 Eine europäische Zukunft des Kosovo?

Einen zentralen Bestandteil der Strategie der EU zur Stabilisierung der Länder des Westbalkans stellt der SAP-Prozess dar, mit dem die einzelnen Länder der Region schrittweise in die Union einbezogen werden sollen. Die EU war aufgrund der weiterhin anhaltenden Ablehnung der Anerkennung des Kosovo durch fünf ihrer Mitgliedsstaaten bislang nicht imstande, konkrete Schritte zu unternehmen, um den unabhängigen Kosovo in den SAP zu integrieren und damit die Perspektive einer EU-Integration in absehbarer Zeit für die Kosovaren konkreter zu machen.

Ein weiteres Hindernis für den Kosovo auf dem Weg in Richtung EU-Integration ist die seit dem ablehnenden irischen Referendum zum Lissabon-Vertrag vom Frühjahr 2008 vertiefte Erweiterungsmüdigkeit in der EU selbst. »Die Verheißungen von Thessaloniki (Thessaloniki-Agenda von 2003, Anm. d. Autoren) sind weitgehend ein frommer Wunsch geblieben«, resümiert Vessela Tcherneva und fordert ein aktiveres Engagement der EU für die Beschleunigung des Beitrittsprozesses der Westbalkanländer (Tcherneva 2008: 25). Die Ereignisse rund um die Anerkennung des Kosovo und die Schwierigkeiten der EU im und mit dem Kosovo in den letzten Jahren zeigen deutlich, dass nur der Einsatz der »Soft Power« der EU und das vage Versprechen einer Mitgliedschaft in der Union in ferner Zukunft nicht ausreichend sein werden, um die demokratischen Reformprozesse und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Region voranzutreiben.

Der Schlüssel für einen erfolgreichen EU-Beitrittsprozess des Kosovo liegt bei der EU und bei der kosovarischen Regierung. Aber dieser Prozess wird auch ohne eine kooperativere Kosovo-Politik Serbiens sehr schwierig sein. Es ist im zweiten Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo klar geworden, dass das Versprechen der EU, die EU-Integration Serbiens zu beschleunigen, nicht genügt, um die serbische Regierung zu Zugeständnissen in ihrer Haltung gegenüber dem Kosovo zu bewegen. Die EU-Politik muss daher überdacht und wesentlich verändert werden. Das trifft vor allem auf die Strategie der EU in Bezug auf die künftige Erweiterungsperspektive des Westbalkans zu: »The EU will (...) need to be creative in finding a way to keep the accession machine moving forward for both Kosovo and Serbia, irrespective of the Kosovo stalemate« (Sebastian 2009: 5). Der Kosovo ist derzeit das einzige Land am Westbalkan, das kein



Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU unterzeichnet hat. Als erster Schritt für eine Intensivierung des EU-Integrationsprozesses des Kosovo und für den Beginn der SAA-Verhandlungen müsste innerhalb der EU eine pragmatische Strategie im Umgang mit den fünf Mitgliedsstaaten gefunden werden, die die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo bislang verweigert haben. Eine Lösung könnte in einem Twin-Track-Accession-Process<sup>33</sup> gefunden werden, der dem Kosovo abseits des Anerkennungsdilemmas die Möglichkeit geben würde, rascher Fortschritte auf dem eigenen Weg Richtung EU zu erzielen. In der Zwischenzeit sollte die EU die kosovarischen politischen Verantwortlichen dazu drängen, die Arbeit an der Umsetzung der Prioritäten aus der Europäischen Partnerschaft mit dem Kosovo zu intensivieren.

Die Autorität der kosovarischen Regierung wird im Norden, wie dargestellt wurde, weiterhin nicht anerkannt. Weder UNMIK noch EULEX konnten bislang etwas an der De-facto-Teilung des Kosovo ändern. Ein Weiterbestehen dieses Krisenherdes im Norden ist ein wesentlicher Störfaktor für eine Heranführung des Kosovo an die EU. Die derzeitige Politik von EULEX läuft auf eine schrittweise Depolitisation der zentralen Konfliktbereiche und auf den Versuch hinaus, durch praktische Arrangements (wie z.B. in der Frage der Herstellung der Zollgrenzen) die Lage im Norden zu befrieden und zu verrechtlichen. Die Patt-Stellung im Norden kann mittel- bis langfristig nur durch eine klare Politik der EU in Richtung Belgrad und Prishtina aufgehoben werden. Da für Serbien die EU-Integration ein zentrales politisches Ziel darstellt, muss viel entschiedener als bisher danach getrachtet werden, die weiteren Fortschritte Belgrads auf dem Weg in die EU von der Kooperation mit EULEX und vom direkten Dialog mit der kosovarischen Regierung abhängig zu machen. Für eine zukünftige Kooperation zwischen Belgrad und Prishtina wird vor allem auch ein Kompromiss in der Frage der Dezentralisierung, die einen der Kernpunkte des Athisaari-Plans darstellt, entscheidend sein. Gleichzeitig müsste aber auch Prishtina zu einem Dialog über praktische Fragen mit Belgrad gedrängt werden.

Der Erfolg der EU im Kosovo wird – und dies ist durch die Konzentration auf die diplomatischen Konflikte zwischen Prishtina und Belgrad und auf die Schwierigkeiten bezüglich des rechtlichen Man-

datums und der organisatorischen Einrichtung der EULEX-Mission seit der Erklärung der Unabhängigkeit zu sehr in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit in den EU-Ländern getreten – letztlich von konkreten Fortschritten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich abhängen. Entscheidend wird also sein, wie und mit welchen Mitteln und Strategien die EU die kosovarische Regierung unterstützen wird, um die »tickende Bombe« Arbeitslosigkeit und Armut zu entschärfen.

Der Kosovo ist bislang im Unterschied zu Serbien und den anderen Nachbarländern nicht in den von der EU vorgesehenen Prozess der Visa-Liberalisierung miteinbezogen worden. Während bis Mitte 2009 Serbien, Montenegro und Mazedonien positive Ergebnisse bei der Erfüllung der von der EU-Kommission vorgegebenen Bedingungen für die Aufhebung der Visa-Pflicht erzielt hatten und mit dem Beginn des nächsten Jahres Reisefreiheit genießen können, wurde der Kosovo nicht einmal in die Bewertung durch die EU-Kommission aufgenommen (vgl. European Stability Initiative 2008; UNMIK Media Monitoring 2009g, i).<sup>34</sup> Sollte die EU nicht verhindern, dass der Kosovo zu einem Visa-Ghetto-Land wird, wäre die Akzeptanz von EULEX durch die kosovarische Bevölkerung im höchsten Maße gefährdet.

Die derzeitige Politik, den Kosovo als einziges Land am Westbalkan von der vorgesehenen Visa-Liberalisierung auszuschließen, macht den tiefen Widerspruch in der Kosovo-Strategie der EU deutlich: einerseits zwischen der enormen materiellen und personellen Hilfestellung durch die EU – den vielen Millionen Euro für EULEX, die zur Zeit mehr, wie unlängst ein Diplomat in Prishtina formulierte, »eine Operation zur Wahrung des Gesichts« für die EU als eine wirkliche effiziente Rechtsstaatlichkeitsmission darstellt (Mayer 2008: 95) – und andererseits der Weigerung, Schritte und Maßnahmen in Richtung einer Öffnung des EU-Marktes für kosovarische Arbeitskräfte zu überlegen und öffentlich zu begründen. Andreas Wittkowsky spricht hier von der »Absurdität der europäischen Entwicklungspolitik, ... Millionen in das Land zu schaufeln, zugleich aber für all jene die Grenzen zu schließen, die durch Arbeit ihren Beitrag zur Entwicklung leisten könn-

33 Wie das zwischen 2003 und 2006 im losen Staatenbund zwischen Serbien und Montenegro der Fall war, wo beide staatliche Einheiten separate Verhandlungen mit der EU führten.

34 Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft arbeitet derzeit an der Entwicklung einer »Road Map« für die Visabefreiung des Kosovo, allerdings werden die Kosovaren aufgrund der hohen Anforderungen der EU für die Aufhebung der Visa-Pflicht und sicherlich auch aufgrund der obstruktiven Haltung aus Belgrad voraussichtlich noch länger auf Reisefreiheit warten müssen.

ten. Seit dem Ende des Krieges sperren sich die Europäer gegen die Aufnahme von Immigranten aus dem Balkanraum, die noch vor wenigen Jahrzehnten zu gern gesehenen Gastarbeitern auch in Deutschland gehörten. Zehntausende geflohene Kosovo-Albaner wurden ... wieder nach Hause geschickt. Dabei könnten schon kurzfristige Werkverträge oder die Chance zur saisonalen Beschäftigung irgendwo im reicheren Europa den Kosovaren viel nutzen« (Wittkowsky zitiert in Tenbrock 2008).

Es wird jedenfalls viel realpolitisches Geschick seitens der EU notwendig sein, um eine Zustimmung aller 27 Mitglieder für die nächsten Schritte des Kosovo auf dem Weg in die EU zu erhalten. Die institutionellen Dilemmata der EU, die Schwierigkeiten mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise und die derzeit in den meisten EU-Ländern nicht vorhandene Einigkeit innerhalb der Union die Erweiterungspolitik betreffend, engen den Handlungs- und Gestaltungsspielraum der EU im Kosovo entscheidend ein. In dieser Situation ist es dringend erforderlich, dass die Verantwortlichen in Brüssel und die Regierungen der EU-Mitgliedsländer Bereitschaft zeigen, von ihrer bisherigen vorwiegend reaktiven und auf die diplomatisch-technokratische Ebene eingeschränkten Politik<sup>35</sup> abgehen. Unter Einbeziehung unabhängiger Wissenschaftler und von Vertretern der Zivilgesellschaft im Kosovo, muss versucht werden, »Prioritäten zu identifizieren« und daraus »kohärente Politiken zu formulieren« (Katsioulis 2008: 12).

---

35 Vgl. die Kritik am »technokratischen Attentismus« in der Strategie der internationalen Gemeinschaft im Kosovo in Kramer/Džihic 2006, S. 261f.

## 6 Empfehlungen

1. Da für Serbien die Mitgliedschaft in der EU ein zentrales politisches Ziel darstellt, muss viel unterschiedener als bisher danach getrachtet werden, die weiteren Fortschritte Belgrads in der EU-Integration von der Kooperation von EULEX und vom direkten Dialog mit der kosovarischen Regierung abhängig zu machen. Die serbische Regierung muss hier zu kooperativen Maßnahmen im Bereich von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowie vor allem zu konkreten Schritten und Kompromissen in der Frage der Dezentralisierung bewegt werden. In einer längerfristigen Perspektive könnte die Entwicklung eines Dialogs über wichtige politische Fragen, zu dem auch die Regierung in Prishtina einen wesentlichen Beitrag zu leisten hat, vor allem durch die gemeinsamen Interessen bezüglich einer bilateralen und regionalen Wirtschaftsverflechtung Serbiens und des Kosovo mit Belgrad verstärkt und abgesichert werden.

2. Angesichts der bislang sehr wenig zufriedenstellenden »Erfolgsbilanz« von EULEX sind strukturelle Veränderungen der Personalpolitik – längerfristige Verträge mit gut geschulten Einsatzkräften – vorzunehmen, aber vor allem auch Maßnahmen und Strategien zu überlegen, wie die Lebensbedingungen der Bevölkerung des Kosovos verbessert werden können: Die hohen Kosten für die Rechtsstaatlichkeits-Mission sind in eine vernünftige Relation mit den Investitionen für eine deutliche Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lage des Kosovo zu bringen. Hier sind neben massiven Investitionen ins Bildungs- und Gesundheitswesen zielgerichtete Direktinvestitionen in Klein- und Mittelbetriebe und in die Landwirtschaft zu tätigen, um einerseits die Auslandsabhängigkeit nachhaltig zu verringern und andererseits ökonomische und soziale Grundlagen zu schaffen, die die »tickende Bombe«, bestehend aus hoher Arbeitslosigkeit und Armut in breiten Teilen der Bevölkerung, entschärfen können.

3. EULEX muss eine aktive konzertierte Strategie gegen die im Kosovo und in der Region grassierende organisierte Kriminalität und gegen die exzessive Korruption verfolgen. Ein effizientes Controlling bei Privatisierungen und Investitionen in Großprojekten muss sicherstellen, dass Gelder nicht wie bisher in »dunklen Kanälen« versickern. Hier ist auch eine entschlossene Untersuchung von Korruption inner-

halb der im Kosovo tätigen internationalen Organisationen mit nachweislichen Ergebnissen und Konsequenzen vorzunehmen, um jene Glaubwürdigkeit wieder herzustellen, die für eine Akzeptanz von EULEX und OSZE in der kosovarischen Bevölkerung notwendig ist.

4. Der Erfolg von EULEX und der anderen internationalen Akteure im Kosovo wird entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingen wird, die EU-Integrationsperspektive für den Kosovo konkreter zu machen. Der Kosovo ist derzeit das einzige Land am Westbalkan, das kein SAA mit der EU unterzeichnet hat. Als erster Schritt für eine Intensivierung des EU-Integrationsprozesses des Kosovo und für den Beginn der SAA-Verhandlungen müsste noch während des schwedischen EU-Vorsitzes eine pragmatische Strategie für den Umgang mit den fünf EU-Staaten gefunden werden, die die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo verweigern. Eine Lösung könnte in einem Twin-Track-Accession-Process nach dem montenegrinischen Vorbild bestehen, der dem Kosovo abseits des Anerkennungs-dilemmas die Möglichkeit geben würde, rascher und effizienter Fortschritte auf dem eigenen Weg Richtung EU zu erzielen. Vorrangig ist, dass der Kosovo im Verein mit den anderen Westbalkanländern in den Prozess der Visa-Liberalisierung durch die EU eingebunden wird.

5. Die Politik der EU im Kosovo ist in hohem Maße reaktiv und – wie der Deal mit Serbien in der Statusfrage zeigt – vor allem von der Zielvorstellung der Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region bestimmt. Die Entscheidungen werden von einer kleinen Gruppe von Politikern und Diplomaten getroffen und der Öffentlichkeit in den EU-Ländern kaum kommuniziert. Bei den immensen Kosten der EU-Mission im Kosovo und angesichts der nach der ersten Phase ihrer Operationalisierung äußerst bescheidenen Erfolge sollte ein Jahr nach dem Beginn des Einsatzes von EULEX (Dezember 2009) eine Evaluierung der Stärken und Schwächen der EU-Mission durchgeführt werden, was auch zu verbindlichen Konsequenzen führen muss. In diesen Evaluierungsprozess müssen neben EU-Kommission, dem Europäischen Parlament, EULEX, OSZE, KFOR und kosovarischen Regierungsvertretern vor allem auch Repräsentanten der kosovarischen Zivilgesellschaft und unabhängige Experten einbezogen werden.

## 7 Abkürzungsverzeichnis

AAK	Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës – Allianz für die Zukunft des Kosovo
DS	Demokratska stranka – Demokratische Partei
DSS	Demokratska stranka Srbije – Demokratische Partei Serbiens
EULEX	European Union Rule of Law Mission in Kosovo
EUSR	European Union Special Representative
ICO	International Civilian Office
ICR	International Civilian Representative
IGH	Internationaler Gerichtshof
IWF	Internationaler Währungsfonds
IPA	Instruments of Pre-Accession Assistance
KEK	Korporata Energjetike e Kosovës – Kosovarische Elektrizitätswerke
KFOR	Kosovo Force
KPS	Kosovo Police Service
LDK	Lidhja Demokratike e Kosovës – Demokratische Liga des Kosovo
LDP	Liberalno-demokratska partija – Liberal Demokratische Partei
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDK	Partia Demokratike e Kosovës – Demokratische Partei des Kosovo
RS	Republika Srpska
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SPS	Socijalistička partija Srbije – Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Special Representative of the Secretary General
UÇK	Ushtria Çlirimtare e Kosovës – Kosovarische Befreiungsarmee
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNOSEK	Office of the Special Envoy of the Secretary-General of the United Nations for the future status process for Kosovo
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo

## 8 Literaturverzeichnis

- Ante, Arta (2008): State Building and Development: Two Sides of the same Coin? Dissertation. Universität Wien, Juli 2008.
- Balkan Investigative Reporting Network (2009): Monitoring the Courts. Monitoring the Work and Administration of Courts in Prishtina, Peja, Mitrovica, Gjilan, Ferizaj and Skenderaj, <http://kosovo.birn.eu.com/en/1/1/19791> (last visited on 16.6.2009).
- Bancroft, Ian (2009): The Flight of Kosovo's Minorities, *The Guardian*, 3.6.2009, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/jun/03/kosovo-minorities-eu-government>, (last visited on 18.6.2009).
- Böhm, Andrea (2007): Unsere ungewollten Kolonien. *Die Zeit*, 2.8.2007, <http://www.zeit.de/2007/32/Balkan?page=all> (last visited on 11.8.2008).
- Central Bank of the Republic of Kosovo: Annual Report 2008, Prishtina June 2009, <http://www.bqk-kos.org/Publications/CBK%20Annual%20Report%202008.pdf> (last visited on 4.10.2009).
- CESID (2009): Malo poverenje u institucije, 9.6.2009, [http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2009&mm=06&dd=09&nav\\_category=11&nav\\_id=365014](http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2009&mm=06&dd=09&nav_category=11&nav_id=365014) (last visited on 14.6.2009).
- Commission of the European Communities (2008): Kosovo (under UNSCR 1244/99) 2008 Progress Report, Brüssel, 5.11.2008, [http://www.delprn.ec.europa.eu/repository/docs/kosovo\\_progress\\_report\\_en%5B1%5D.pdf?phpMyAdmin=3hARhVdkA7DVPtCZnAzRx3UHHV9](http://www.delprn.ec.europa.eu/repository/docs/kosovo_progress_report_en%5B1%5D.pdf?phpMyAdmin=3hARhVdkA7DVPtCZnAzRx3UHHV9) (last visited on 12.7.2009).
- Deda, Ilir (2008): Kosovo/UNMIK-Administrated, Nations in Transit 2008, edited by Freedom House, New York.
- Dérens, Jean-Arnault; Geslin, Laurent (2009): Die Autobahn der nationalen Korruption. Eine albanische Reise von Pristina nach Tirana, *Le Monde diplomatique* (Berlin), 5/2009, [http://www.eurozine.com/articles/article\\_2009-05-26-derens-de.html](http://www.eurozine.com/articles/article_2009-05-26-derens-de.html) (last visited on 17.6.2009).
- Dumbs, Helmar; Roser, Thomas; Schneider, Wieland (2009): Kosovo: Traum und Wirklichkeit nach einem Jahr Unabhängigkeit, *Die Presse*, 17.2.2009, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/452819/index.do> (last visited on 3.7.2009).
- Eide, Kai (2005): A Comprehensive Review of the Situation in Kosovo. S/2005/635, 7.11.2005, <http://www.undemocracy.com/S-2005-635.pdf> (last visited on 28.6.2009).
- EULEX Programme Report (2009), <http://www.eulex-kosovo.eu/news/docs/programmereport/EULEX-PROGRAMME-REPORT-July-2009-new.pdf> (last visited on 1.9.2009).
- European Commission Liaison Office in Kosovo, <http://www.delprn.ec.europa.eu/?cid=2,97> (last visited on 14.6.2009).
- European Stability Initiative (2006): Cutting the lifeline. Migrations, Families and the Future of Kosovo, Berlin/Istanbul, 18 September, [http://www.esiweb.org/pdf/esi\\_document\\_id\\_80.pdf](http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_80.pdf) (last visited on 17.6.2009).
- European Stability Initiative (2008): The White List Project. EU Policies on Visa-Free Travel for the Western Balkans. Background Paper, 1. November 2008, [http://www.esiweb.org/pdf/esi\\_document\\_id\\_106.pdf](http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_106.pdf) (last visited on 30.9.2009).
- Gligorov, Vladimir (2007): Costs and Benefits of Kosovo's Future Status. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien, November.
- Hunya, Gabor (2009): FDI in the CEECs under the Impact of the Global Crisis: Sharp Declines, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien, Mai.
- ICO (2009): International Civilian Office, <http://www.ico-kos.org> (last visited on 5.7.2009).
- Institut für Europäische Politik (2007): Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem westlichen Balkan – intelligente/kreative Ansätze für eine langfristig positive Gestaltung dieser Region, Studie im Auftrag des Zentrums für Transformation von Bundeswehr, Berlin, Januar.
- International Crisis Group (2008): Kosovo's First Month, Europe Briefing, No. 47, 18.3.2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5335> (last visited on 5.8.2008).
- International Crisis Group (2009): Serb Integration in Kosovo: Taking the Plunge, Europe Report, No. 200, 12.5.2009, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=6092&l=1> (last visited on 17.6.2009).
- Ivanji, Andrej (2008): Serbien setzt sich in der UNO-Vollversammlung durch, *Der Standard*, 9.11.2009, <http://derstandard.at/fs/?id=1220460318685> (last visited on 14.6.2009).
- Katsioulis, Christos (2008): Europäische Außenpolitik auf dem Prüfstand. Auf halber Strecke zum globalen Akteur?, Friedrich-Ebert-Stiftung: Internationale Politikanalyse, November 2008.
- King, Ian/Mason, Whit (2006): Peace at Any Price. How the World Failed Kosovo. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.

- Kosovar Institute for Policy Research and Development (KIPRED) (2008): Kosovo Serbs after the Declaration of Independence: The Right Momentum for Confidence Building Measures, Prishtina, Juli, [www.kipred.net](http://www.kipred.net) (last visited on 17.6.2009).
- Kosovar Stability Initiative (KSI) (2008): Image Matters! Deconstructing Kosovo's Image Problem, Prishtina, November, [http://www.iksweb.org/repository/docs/IMIDZ\\_english.pdf](http://www.iksweb.org/repository/docs/IMIDZ_english.pdf) (last visited on 14.6.2009).
- Kosovo Contact Group (2006) Statement of the Kosovo Contact Group, 31.1.2006, London.
- Kramer, Helmut; Džihic, Vedran (2006): Die Kosovo-Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft? 2. Auflage, Wien: LIT.
- Lehne, Stefan (2009): Resolving Kosovo's Status. Policy Paper, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, Juni.
- Limanowska, Barbara (2003): UNDP, UNICEF, UNOHSHR, OSCE, ODIHR: Trafficking in Human Beings in South East Europe, n.p., November.
- Mappes-Niediek, Norbert (2003): Balkan-Mafia. Staaten in der Hand des Verbrechens – Eine Gefahr für Europa. Berlin: Links Christoph Verlag.
- Martin, Mary (2009): With Friends Like These, Who Needs Enemies? Human Security and the Challenge of Effective Multilateralism, Friedrich-Ebert-Stiftung: Internationale Politikanalyse, März 2009.
- Mattern, Rainer (2008): Kosovo. Update: Aktuelle Entwicklungen, Schweizer Flüchtlingshilfe, 12.8.2008, [http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europa/kosovo/kosovo-update/at\\_download/file](http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europa/kosovo/kosovo-update/at_download/file) (last visited 14.6.2009).
- Mayer, Gregor (2008). Ungeboren. *profil*, 9.6.2008.
- New Kosova Report (2009): 3. September 2009, <http://www.newkosovareport.com/200909021907/Society/92-of-Kosovo-citizens-against-EULEX-s-protocol.html> (last visited on 2.10.2009).
- Official Journal of the European Union (2006): Council Joint Action 2006/304/CSFP vom 10.4.2006, 26.4.2006.
- Osservatorio Balcani e Caucaso (2009): »Gastarbeiter« economy, 14.5.2009. <http://www.osservatoriolbalcani.org/articleview/11303/1/407> (last visited on 14.6.2009).
- Petritsch, Wolfgang; Pichler, Robert (2004): Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden, Klagenfurt-Celovec: Wieser.
- Petritsch, Wolfgang (2008): Kosovo und die Rückkehr Russlands auf den Balkan, *Die Presse*, 22.2.2008, <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/364936/index.do> (last visited on 11.8.2008).
- Pradetto, August (2008): Intervention, Regimewechsel, erzwungene Migration. Die Fälle Kosovo, Afghanistan und Irak, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Presse, Die* (2008): Serbische Häme: »Der Kosovo-Bumerang trifft den Westen«, 13. August 2008, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/406061/index.do> (last visited on 29.6.2009).
- Presse, Die* (2009): Kosovo: Fast die Hälfte der Jungen möchte auswandern, *Die Presse*, 8.6.2009, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/485584/index.do> (last visited on 14.6.2009).
- Radio Slobodna Evropa (2009a): Smanjenje snaga KFOR-a izraz poverenja, 12.6.2009, [http://www.slobodnaevropa.org/content/kfor\\_trupe\\_poverenje/1753007.html](http://www.slobodnaevropa.org/content/kfor_trupe_poverenje/1753007.html) (last visited on 14.6.2009).
- Radio Slobodna Evropa (2009b): Srbija protiv smanjenja broja vojnika KFOR-a, 12.6.2009, [http://www.slobodnaevropa.org/content/srbija\\_kfor/1752976.html](http://www.slobodnaevropa.org/content/srbija_kfor/1752976.html) (last visited on 14.6.2009).
- Reljić, Dušan (2007): Die Balkan-Mafia. Organisierte Kriminalität und kriminalisierter Staat im Westlichen Balkan, Diskussionspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember, [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=4575](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4575) (last visited on 6.6.2008).
- Rohan, Albert (2003): Eine multiethnische Gesellschaft im Kosovo: Vision und Realität, Vortrag Berlin, 12./13.9.2003, <http://www.suedosteuropa-gesellschaft.com/pdfberlin/rohan.pdf> (last visited on 11.8.2008).
- roma kosovoinfo (2009): Übergriffe gegen Roma. Human Rights Watch/Amnesty International fordern Untersuchungen, [http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com\\_content&task=view&id=226&Itemid=1](http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=226&Itemid=1) (last visited on 2.10.2009).
- Roser, Thomas (2007): Neues »Njet« zu Kosovo, *Die Presse*, 17.7.2007, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/317657/index.do> (last visited on 11.8.2008).
- Rubin, Barnett R. et al. (2004): Building a New Afghanistan. The Value of Success, the Cost of Failure. New York: Center on International Cooperation, New York University.
- Sebastian, Sofia (2009): Making Kosovo Work, FRIDE Policy Brief No. 7, März. <http://www.fride.org/publication/586/making-kosovo-work> (last visited on 17.6.2009).
- Secretary General (2009). Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo: 10.6.2009, <http://www.un.org/Docs/sc/sgrep09.htm> (last visited on 14.7.2009).
- Standard, Der* (2008): Umfrage: Für Serben stehen Arbeit und

- Lebensstandard im Vordergrund, *Der Standard*, 31.7.2008, <http://derstandard.at/PDA?id=3407138> (last visited on 29.6.2009).
- Standard, Der* (2009): Roma-Siedlungen im Nord-Kosovo: Europarat sieht »Katastrophe«, *Der Standard*, 27.3.2009, <http://derstandard.at/fs/1237228561702/RomaSiedlungen-im-NordKosovo-Europarat-sieht-Katastrophe> (last visited on 14.6.2009).
- Stevens, Georgina (2009): Minority Rights Group International, <http://www.minorityrights.org/7856/reports/filling-the-vacuum-ensuring-protection-and-legal-remedies-for-minorities-in-kosovo.html> (last visited on 14.6.2009).
- Tcherneva, Vessela (2008): Europas koloniale Zwickmühle, *Internationale Politik*, 6/2008, S. 18–25.
- Tenbrock, Christian (2008): Kosovo. Der europäische Patient, *Die Zeit*, 21.5.2008, <http://www.zeit.de/2008/22/Kosovo?page=all> (last visited on 12.8.2008).
- Transparency International (2009): Global Corruption Barometer 2009, Berlin, [http://media.transparency.org/fbooks/reports/gcb\\_2009](http://media.transparency.org/fbooks/reports/gcb_2009) (last visited on 17.6.2009).
- UN Security Council (2007a): Report of the Special Envoy of the Secretary-General on Kosovo's future status, S/2007/168.
- UN Security Council (2007b): the Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement, S/2007/168/Add.1.
- UN Security Council (2008a): Report of the Secretary-General on the UNMIK, 12.6.2008.
- UN Security Council (2008b): Report of the Secretary General on the UNMIK, S. 2008/692.
- UN Security Council (2009): Report of the Secretary-General on the UNMIK, 10.6.2009.
- UNDP (2009): Human Development Report. Kosovo 2008: Civil Society and Development, Prishtina ([http://www.ks.undp.org/repository/docs/HDR\\_final\\_eng\\_small.pdf](http://www.ks.undp.org/repository/docs/HDR_final_eng_small.pdf)) (last visited on 7.7.2009).
- UNDP Early Warning Report Kosovo (2008): 19. Januar 2008, [http://www.ks.undp.org/repository/docs/EWR\\_19\\_Eng\\_pdf](http://www.ks.undp.org/repository/docs/EWR_19_Eng_pdf) (last visited on 6.8.2008).
- UNDP Early Warning Report (2009): 25. Fast Facts, August 2009, [http://www.ks.undp.org/repository/docs/Fast\\_Facts\\_25\\_English.pdf](http://www.ks.undp.org/repository/docs/Fast_Facts_25_English.pdf) (last visited on 30.9.2009).
- UN Office on Drugs and Crime (2008): Crime and Its Impact on the Balkans and Affected Countries, März.
- UNMIK European Union Pillar (2006): UNMIK's Impact on the Kosovo Economy. Spending Effects 1999–2006.
- UNMIK Media Monitoring (2008a), 13.6.2008\*
- UNMIK Media Monitoring (2008b), 19.11.2008
- UNMIK Media Monitoring (2009a), 26.3.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009b), 21.4.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009c), 4.5.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009d), 7.5.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009e), 20.5.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009f), 25.5.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009g), 29.5.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009h), 10.6.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009i), 12.6.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009j), 16.6.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009k), 19.8.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009l), 26.8.2009.
- UNMIK Media Monitoring (2009m), 27.8.2009.
- US Department of State (2008): 2008 Human Rights Report: Kosovo, 25. Februar, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/eur/119462.htm> (last visited on 16.6.2009).
- US Department of State (2009): Human Rights Report Kosovo 2008, 25. März, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/eur/119462.htm> (last visited on 17.6.2009).
- Vetëvendosje (2009a): Newsletter of the Movement for Self-Determination, No. 134, 16.2.2009.
- Vetëvendosje (2009b): Newsletter of the Movement for Self-Determination, No. 148, 25.5.2009.
- Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Country expertise, <http://www.wiiv.ac.at> (last visited on 4.10.2009).
- Wittkowsky, Andreas (2009): Squaring the Circle: A Short History of UNMIK's European Union Pillar, 1999–2008, *Südosteuropa Mitteilungen*, 1/2009: S. 17–34.
- Wölfel, Adelheid: Tief durchatmen ist die falsche Politik, *Der Standard*, 14.2.2009, <http://derstandard.at/fs/1234507051267> (last visited on 8.7.2009)
- Zaremba, Maciej (2007): Wir kamen, sahen und versagten, *Süddeutsche Zeitung*, 21.7.2007, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/3382> (last visited on 11.8.2008)

\* Alle UNMIK Media Monitoring Reports sind erhältlich unter [www.unmikonline.org/dpi/localmed.nsf/f0300?OpenForm](http://www.unmikonline.org/dpi/localmed.nsf/f0300?OpenForm)



#### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse  
Abteilung Internationaler Dialog  
D-10785 Berlin

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)  
E-Mail: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

ISBN: 978-3-86872-196-6

#### Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse  
Nora Neye  
D-10785 Berlin

E-Mail: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)  
Fax: +49 (30) 26935-9248

#### Alle Texte sind online verfügbar:

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.